

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschäft wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Albstraße 18 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgehaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** Exemplaren
erschient diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

In den ersten Wochen des Jahres 1907, als die industrielle Konjunktur noch in voller Blüte stand, begann der Zinnspreis zu sinken. Auf keinem anderen Markte deutete sich zu dieser Zeit die Wirtschaftskrise an, in der Eisenindustrie schien der Umfang der Geschäftstätigkeit noch zuzunehmen, auf dem Kupfermarkt hatten die Preise damals ihren Höchststand sogar noch nicht erreicht. Der Zinnspreis, der von 29 Pfund Sterling für die Lonne (1 Pfund gleich 20,40 M) zu Beginn des Jahres 1907 bis auf etwa 18 Pfund gegen Schluss des zweiten Quartals 1908 gesunken war, hat sich nun wieder ständig verbessert und ist von 21 Pfund im ersten Quartal des laufenden Jahres bis heute auf 23 Pfund gestiegen. Aus dieser Bewegung wird gefolgert, daß der Zinnsmarkt noch zuverlässiger als der Kupfermarkt als ein Wirtschaftsbarmometer gelten kann, in der Steigerung des Zinnspreises wird eine Bestätigung der zunehmenden Besserung in der gesamten Montanindustrie erblickt. Ein vorzüglicher Kenner der Montanindustrie, Dr. Ludwig Hof, bemerkt in einer Besprechung der wirtschaftlichen Situation in der Handelszeitung des Berliner Tageblattes, daß der Zinnspreis von rund 23 Pfund den deutschen Hütten durchweg schon einen guten Gewinn übrig läßt, und dies nicht nur den schlesischen Werken, sondern auch den großen westlichen Hütten, die mit höheren Gesteinskosten zu rechnen haben als die östlichen Werke. Den Einwand, daß die Feinfühligkeit des Zinnsmarktes als Barometer für die Lage der Eisenindustrie durch die vor einigen Monaten vollzogene Errichtung des Internationalen Zinnsyndikats abgeschwächt worden ist, da das Syndikat nach Kräften bemüht war, den Preis herauszufahren, weist Hof keineswegs zurück, er bemerkt aber, daß das Zinnsyndikat sich doch nicht unwesentlich von anderen Syndikaten unterscheidet. Es hat nicht die souveräne Monopolstellung auf der Welt, wie etwa der Petroleumtrust. Zu verschiedenen sind die Elemente, die in ihm zusammengekommen sind. Neben den Hüttenwerken, die ihre Produktion ganz aus eigenen Erzen decken, gehören dem Syndikat auch recht bedeutende Werke an, die ihr Rohmaterial bis zu einem sehr hohen Prozentsatz aus Erzen herstellen, die sie erst kaufen und aus anliegenden Ländern beziehen müssen. Solche Erze werden aber selbstverständlich bezahlt nach Metallgehalt und Metallpreis. Im Interesse solcher auf Käufer angelegenen Werke kann es demnach mitunter gar nicht einmal liegen, daß die Preise zu sehr in die Höhe gedrückt werden. Die letzten Steigerungen der Zinnspreise — innerhalb der letzten 14 Tage hat das Syndikat zwei Preiserhöhungen von zusammen 17 1/2 M für die Lonne vorgenommen — werden in erster Reihe auf die lebhaftere Nachfrage des englischen Konsums zurückgeführt.

Der Gründung des Internationalen Zinnsyndikats ist in diesen Tagen der Abschluß eines allgemeinen deutschen Zinnsyndikats gefolgt. Zuerst einigten sich die schlesischen Zinnsyndikatswerke, alsdann kam die Einigung der schlesischen mit den rheinischen Werken zustande. Ein weiteres Kartell wird in Kürze ins Leben treten, und zwar das der deutschen Drahtgeflechtfabriken. Die Verhandlungen zur Errichtung eines Kartells für vieredriges verzinktes Drahtgeflecht schlossen sich an die bereits im Januar erzielte Preisvereinbarung für verzinkte Drahtgeflechtfabriken an. Ueber achtzig Firmen haben ihre Mitgliedschaft zum Drahtgeflechtkartell schon erklärt. Eine Erweiterung wird demnächst auch der im Vorjahre begründete Verband Europäischer Emailierwerke erfahren. Bisher gehören diesem Verband die meisten deutschen und österreichischen Emailierwerke an. In der anfangs September abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes wurde berichtet, daß zwei weitere Emailierwerke dem Verband wahrscheinlich beitreten werden, daß ferner Verhandlungen mit den spanischen, italienischen und jugoslawischen Emailierwerken über ihren Anschluß an den Verband im nächsten Monat in Paris erfolgen.

Diesen Neugründungen von Kartellen gegenüber ist die Auflösung des Messingkartells zu erwähnen. Die Auflösung ist zum 15. Oktober beschlossen worden, es ist aber immerhin nicht ganz unwahrscheinlich, daß bis dahin noch eine Erneuerung des Syndikats erfolgt. Zwar bestanden zwischen den Syndikatsmitgliedern verschiedentlich Differenzen, die durch Unzufriedenheit mit der Preispolitik des Syndikats hervorgerufen wurden, aber der Auflösungsbeschluss ist in der Hauptsache die Folge einer scharfen Konkurrenz der außenstehenden Werke, mit denen über ihren Eintritt bisher keine Einigung erzielt wurde. In der Hochkonjunktur diktiert das Syndikat seinen Abnehmern so hohe Preise, daß das österreichische Messingkartell die deutschen Preise unterbieten konnte. Dem Sturz der Kupferpreise folgte das Syndikat nicht rechtzeitig genug mit entsprechenden Herabsetzungen der Messingpreise, ein Verhalten, das den außenstehenden Betrieben sehr genehm war. Zerscholl das Syndikat am 15. Oktober wirklich, so wird doch damit gerechnet, daß es nach einer kurzen Periode starker Preisunterbietungen in vielleicht veränderter Form wieder erstehen wird.

Die Abschlässe verschiedener Eisenunternehmungen für 1908/09, die jetzt veröffentlicht oder deren Ergebnisse bekannt wurden, sind günstiger ausgefallen, als vielfach erwartet wurde. Die Dividende der Aktiengesellschaft Phönix wurde vor wenigen Wochen auf etwa 4 Prozent tagiert; nun verlautete aus Vermittlungsstellen, daß sie mindestens 7 Prozent betragen dürfte. Die Rheinischen Stahl-

werke, die für das Vorjahr 11 Prozent verteilten, bringen für 1908/09 eine Dividende von 8 Prozent zur Verteilung, etwa 220 000 M werden, wie im Vorjahre, auf neue Rechnung vorgetragen. Die Börsenschätzung der Dividende der Rheinischen Stahlwerke lautete gleichfalls auf nur 4 Prozent. Die Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und Wessener Eisenhütten in Aalen setzte die Dividende auf 7 1/2 Prozent (im Vorjahre 12 Prozent) fest. Ueber den Geschäftsgang wurde mitgeteilt, es seien keine Anzeichen einer sich ankündigenden Besserung in der Stahlindustrie vorhanden, die sich aber für die Gesellschaft noch nicht fester sichtbar mache. Die Gesellschaft bestreite sich finanziell in einer sehr günstigen Lage, so daß die Dividende ohne Inangriffnahme des vorjährigen Gewinnvortrages habe verteilt werden können. — Die Kaiser Eisen- und Stahlwerke bringen eine Dividende von 5 Prozent gegen 7 1/2 und 12 Prozent in den beiden Vorjahren zur Verteilung. Die Gesellschaft wird ihr Aktienkapital durch Ausgabe von 5 Millionen Aktien auf 10 Millionen Mark vergrößern. 1904 erfolgte eine Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Millionen auf 5 Millionen, 1906 wurden 4,80 Millionen 4 1/2 Prozentiger Obligationen ausgegeben. — Ein besseres Ergebnis als im Vorjahre erzielte die Aktiengesellschaft Düffeldorfer Eisen- und Drahtindustrie. Nach Abschreibungen von 247 056 M (im Vorjahre 205 163) ergibt sich ein Reingewinn von 251 900 M gegen 155 871 M im Vorjahre. Die Dividende wird in Höhe von 6 Prozent gegen 4 Prozent im Vorjahre verteilt. — Die Düffeldorfer Röhrenindustrie-Aktiengesellschaft erzielte 1908/09 nach Abschreibungen von 260 100 M (311 000 im Vorjahre) einen Reingewinn von 431 300 M (im Vorjahre 459 700 M). Die Dividende beträgt 8 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre. Der Geschäftsbericht erklärt, auf dem Markte für Siederöhren, Bohröhren etc. habe eine außerordentliche Zurückhaltung der Käufer geherrscht, das Werk durch die Produktion von Muffenröhren ein Ausgleich geschaffen worden wäre. — Die Wittener Stahlröhrenwerke können auch für das Jahr der verschärften Krise ihren Aktionären wieder mit einer Dividende von 25 Prozent aufwarten, die Abschreibungen sollen denen des Vorjahres, die 112 000 M betragen, gleichkommen. Die Wittener Stahlröhrenwerke verabsichtigen, das Aktienkapital von 2,4 auf 3,5 Millionen Mark zu erhöhen, die letzte Kapitalerhöhung fand im Dezember 1905 statt, und zwar gelangten damals 600 000 M Aktien zum Zwecke der Angleichung der Schaller Röhrenwerke zur Ausgabe.

Eine gewisse Enttäuschung rief die Nachricht hervor, daß die Aufträge der preussischen Eisenbahnverwaltung für die Eisenindustrie in diesem Jahre nicht unerheblich hinter den Quantitäten des Jahres 1908 zurückbleiben werden. Der Schienenbedarf soll etwa 312 000 Tonnen betragen gegen 372 000 im Jahre 1908 und 464 000 Tonnen im Jahre 1907. Nach den Berliner Politischen Nachrichten sind für 1909 für Rechnung der preussischen Staatsbahnen 1268 Lokomotiven, 2225 Personenwagen und 16 731 Gepäc- und Güterwagen im Anschaffungswerte von 187 Millionen Mark vergeben worden. Es soll damit zu rechnen sein, daß für 1910 gleichfalls Bestellungen in erheblichem Umfang stattfinden werden, und daß damit nach der bisherigen Uebung zum Teil bereits in der nächsten Zeit vorgegangen werden wird. Die bayerische Verwaltung hat, wie die Frankfurter Zeitung berichtet, der Vereinigten Maschinenbau-Aktiengesellschaft Augsburg-Arnberg einen Auftrag auf 4200 Güterwagen erteilt. Diese Waggon, die zum Teil in Nürnberg und zum Teil in Gussfabrik hergestellt werden, sollen das Werk zwei volle Jahre beschäftigen. Nach demselben Blatt hat die preussische Staatsbahnverwaltung einen Auftrag auf 33 Akkumulatoren-Zugwagen vergeben. Mit Einstellung der bestellten Wagen im nächsten Jahre werden über 100 solcher Wagen auf den preussischen Staatsbahnen verkehren.

Von Werkzeugmaschinenfabriken, über deren Geschäftslage wir in der letzten Rundschau eingehender berichteten, ist weiterhin der Abschluß der Aktiengesellschaft Gebrüder Langer in Chemnitz veröffentlicht worden. In dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahre wurde nach Abschreibungen von 58 840 M (im Vorjahre 52 841 M) ein Ueberschuß von 100 597 M (im Vorjahre 103 354 M) erzielt, aus dem, wie im Vorjahre, eine Dividende von 12 Prozent zur Verteilung gelangte. Die Umsatzzahlen des vorigen Jahres, so wird im Geschäftsbericht bemerkt, wurden nicht ganz erreicht, der allgemeine Rückgang hat auch das Unternehmen ungünstig beeinflusst. Weiter wird hervorgehoben, daß im Laufe des Jahres eine Anzahl neuer Werkzeugmaschinen beschafft und Verbesserungen an älteren Maschinen angebracht wurden, die neuen Maschinen haben sich auf sehr beste bewährt, sie tragen dazu bei, die Fabrikation zu vereinfachen und an Löhnen zu sparen. — Die Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Joh. Zimmermann weist in ihrem Abschluß einen Rohgewinn von 186 371 M gegen 486 302 M im Vorjahre aus. Nach Abschreibungen von rund 117 000 M, die etwa den vorjährigen gleichen, wird die Verteilung einer Dividende von 1 Prozent gegen 5 Prozent im Vorjahre vorgeschlagen. Im neuen Geschäftsjahre hat der Geschäftsgang nach Mitteilung der Verwaltung eine kleine Besserung erfahren. — Bei der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Aktiengesellschaft vorm. Sankter hat der Umsatz gegen das Vorjahr sich um circa 600 000 M verringert. Nach Mitteilung der Verwaltung schließt die Bilanz mit

einem Verlustsaldo von 10 Prozent auf das 1,8 Millionen Mark betragende Aktienkapital ab. Während im letzten Halbjahre des Vorjahres und in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres der Eingang von Bestellungen sehr schwach war, ist er, wie der Bericht bemerkt, wenn auch bei gebückten Preisen, in den letzten Monaten gestiegen, die Fabrik soll auf circa vier Monate beschäftigt sein.

Einen gleichfalls ungünstigen Abschluß veröffentlicht die Rheinische Gasmotorenfabrik Aktiengesellschaft Benz & Co. in Mannheim. Nach Abschreibungen von 320 887 M (im Vorjahre 250 552 M) verbleibt ein Ueberschuß von 56 328 M gegen 692 160 M im Vorjahre. Der Ueberschuß von 56 000 M wird auf neue Rechnung vorgetragen, eine Dividende kommt nicht zur Verteilung, im Vorjahre betrug die Dividende 8 Prozent, für 1908/07 15 Prozent. Die Verwaltung bemerkt zu dem Ergebnis, die Ueberführung der gesamten Automobilfabrikation in die neue, große und modern eingerichtete Fabrik sei in das abgelaufene Geschäftsjahr gefallen. Diese Ueberführung wirkte Monate hindurch lähmend auf die Fabrikation, außerdem bereitete uns die Neueinstellung geschulter Metallarbeiter große Schwierigkeiten. Hierzu kamen vielfache Betriebsstörungen, verursacht durch das Einarbeiten auf die neuen Maschinen. Es war daher nicht möglich, die Produktionsziffer wesentlich zu erhöhen, während andererseits die durch den vergrößerten Betrieb gesteigerten Unkosten das finanzielle Ergebnis ungünstig beeinflussen mußten. Im laufenden Geschäftsjahre ist die Produktion in ununterbrochener Steigerung begriffen, die Aufträge sind nach weiteren Angaben reichlich und sehr zufriedenstellend vorhanden, so daß für das laufende Jahr ein günstiges Ergebnis erwartet wird.

Krieg dem Schnaps.

Für die Abstinenten ist das goldene Zeitalter angebrochen. Die neue junkerlich-ultramontane Finanzreform mit ihrem ungenterten Raubzug auf die Taschen der Armen und Kerkern hat einen Bier- und Schnapskrieg entfacht, an dem die Abstinenten ihre helle Freude haben können und für dessen erfolgreiche und dauernde Auswirkung sie die Taktik befolgen sollten, das Eisen zu schmieden, solange es glüht. Freilich müßten sie es dabei geschickter anfangen, als bei ihrer bisherigen Agitation.

Die neue Besteuerung des Branntweins soll 80 Millionen, die des Bieres 100 Millionen Mark, beide Objekte zusammen 180 Millionen Mark mehr Steuern als bisher für das Reich abwerfen. In Stat für 1909 figurieren die Schnapssteuern mit 211 397 250 M, die Biersteuer mit 55 216 000 M, zusammen rund 269 Millionen. Mit den neuen Steuererhöhungen steigen die gesamten Einnahmen aus Schnaps und Bier auf rund 480 1/2 Millionen Mark! Bei 61 Millionen Einwohnern ergibt sich eine Belastung von durchschnittlich 8 M pro Kopf. Nimmt man aber die circa 19 Millionen männlichen Personen im Alter von über 15 Jahren, die ja in der Hauptsache die Bier- und Schnapskonsumenten sind, so ergibt sich eine durchschnittliche Steuerbelastung von 25 M pro Kopf. Davon entfallen allein 9 M auf die neuen Steuern.

Hat schon diese neue schwere Steuerbelastung der gewohnten beiden Genussmittel durch die sogenannte „Finanzreform“ in den weitesten Kreisen Aufregung und Unzufriedenheit verursacht, die im Zusammenhang mit den übrigen 300 Millionen neuer Steuern anderer Art sie noch erhöhten, so ist dazu nun noch die rückwärtslose Profitmacherei der Unternehmer, insbesondere der Bierbrauer und Wirte gekommen, die sich aus der Uebertragung der neuen Steuern auf die Preise ihrer Ware noch einen besonderen Ertragsgewinn in ihre Taschen machen wollen. So ist fast im ganzen Reiche der Bierkrieg entzündet, der freilich diesmal in friedlicher Form verläuft, dank der Organisation und Disziplin der Arbeiter, während in ähnlichen Fällen in früheren Zeiten Bierkrawalle und kleine „Rebellionen“ sich entzündeten. Diese Krawallmacher waren die „Bürger“, Stützen der Ordnung und loyale Untertanen; aber die „Verbitterung“ ihres gewohnten Biergenusses verwandelte die Milch ihrer frommen Denkmalsart in gärenden Wutdampf, das brausende Wirbeln herbeiführte und den sonst ehrfurchtsvoll respektierten Kon des angestammten Landesvaters erschütterte. Die Form, in der heute die Arbeiter den Bierkrieg führen, unterscheidet sich sehr zu ihrem Vorteil von den Bierkrawallen früherer Zeiten und es bedarf sich darin auch der große soziale und kulturelle Fortschritt, der inzwischen gemacht wurde und die hohe Stufe, die die Arbeiterbewegung erreicht hat und auf der sie ihre Aktionen durchführt.

Der friedliche Bierkrieg der Arbeiter wirkt sehr empfindlich auf die betroffenen Interessenten, da sie einfach den Bierkonsum eingestellt haben und ihre Abstinenz solange beibehalten, bis die Brauer und Wirte, durch den erlittenen Schaden klug gemacht, erlenten und die profitlustigsten erheblichen Preiserhöhungen ganz oder zum großen Teil wieder rückgängig machen.

Ähnliche Vorgänge spielen sich auf dem Gebiet des Schnapskonsums ab. Hier kommt zu der neuen Steuerbelastung noch die Verengung der Reichslicenzgabe an die Zünfter als erschwerender Umstand hinzu. Die Schnapsfabrikanten und Schnapsverkäufer mit Einschluß der Wirte und Spegeträndler wollen ebenso wie die Brauer zu dem Mittel der Uebertragung der neuen Steuer auf den Schnapspreis einen Ertragsprofit machen und sie können ihn um so sicherer erzielen, als sie in der Spirituszentrale ein Monopol mit Preisbittatur besitzen, die ihnen noch eine ganz andere Macht verleiht als die Brauerelbsther haben. Dem Krieg der Arbeiter gegen den Schnaps kommt in jeder Beziehung auch noch eine ganz andere Bedeutung zu als jenem gegen das Bier.

Der Schnaps gehört zu den wirtschaftlichen und daher auch politischen Machtfaktoren des reaktionären, rückwärtigen und verfallenen preußischen Junkertums. Nach der Gewerbesteuer von 1907 gab es im Reich 18 888 Brennereien und Brennereibetriebe, in denen 80 817 Personen beschäftigt waren. Im statistischen Jahrbuch des Deutschen Reichs finden wir aber (auf Seite 108, Jahrgang 1909) aufammen 88 748 Brennereien verzeichnet. Davon verarbeiteten 6888 landwirtschaftliche meißende Karosifabrikanten und 7481 die meißende Getreide, denen nur 25 bezugsweise 784 eigentliche gewerbliche gegenüberstehen. Die Produktion von Karosifabrikanten durch die landwirtschaftlichen Brennereien betrug im Geschäftsjahre 1907/08: 8,11 Millionen Hektoliter, von Getreide 291,84 Millionen, durch die gewerblichen aber nur 29 609 bezugsweise 487 188 Hektoliter. Die gesamte Alkoholproduktion belief sich auf 4 018 811 Hektoliter gegen 8 841 207 Hektoliter in 1906/07. Die Produktion im letzten Jahr beträgt immer um 4 Millionen Hektoliter weniger: Sie sank 1902/03 auf 8 888 988 Hektoliter und erreichte in 1905/06 mit 4 876 698 Hektoliter das Minimum. Der gesamte Branntweinverbrauch bewegte sich in den 15 Jahren 1893/94 und 1907/08 zwischen 5,7 und 6,8 Liter pro Kopf der Bevölkerung, der Schnapskonsum allein zwischen 3,7 und 4,4 Liter. Es zeigen sich hier von Jahr zu Jahr Schwankungen, aber die Tendenz der Verminderung des Schnapskonsums zeigt sich offensichtlich mit Erfolg durch. Im Jahre 1907/08 betrug der durchschnittliche Schnapskonsum pro Kopf 3,8 Liter gegen 4,4 in 1898/94 und 4 Liter in 1906/07.

Der Rückgang des Konsums an Schnaps, der die allerschädlichste Form des Alkohols, ist sehr erfreulich und er beweist, daß das berühmte Gleichnis des armen Mannes nicht zu den „unveräußerlichen Menschenrechten“ und auch nicht zu den heiligsten und unantastbarsten Gütern der Menschheit gehört. Die Möglichkeit der Einschränkung und gänzlichen Verzichtleistung auf den Schnapskonsum ist übrigens nicht nur durch die vielen Millionen Menschen bewiesen, die das ganze Jahr hindurch keinen Tropfen Schnaps trinken und dabei auch leben können und sogar noch vorteilhafter für ihre Gesundheit als die Schnapsstricker, sondern auch durch den beträchtlichen Verzicht richtiger Schnapsstricker. So sank in Irland in den Jahren 1835 bis 1841 infolge der begeisterten Wirksamkeit des Abstinenzpredigers Mathew der Jahresverbrauch an Schnaps von 91 auf 30 Millionen Liter, gleichzeitig aber auch die Zahl der Verdorbenen von 12 000 im Jahre 1837 auf 789 in 1841. In Nordamerika haben es die Abstinenzler dazu gebracht, daß der Schnapskonsum von 1840 bis 1886 um die Hälfte abgenommen hat. In England ist er seit 1857 nationaler geblieben, während der Wein- und Biergenuss langsam zugenommen hat. Noch glänzender waren die Resultate in Skandinavien. Norwegen, das auf circa 2 Millionen Einwohner mehr als 100 000 Abstinenzler zählt, hatte vor etwa 60 Jahren mit 17 Litern pro Kopf und Jahr den höchsten Schnapskonsum; heute hat es den niedrigsten mit 3 Litern. Ebenso liegen die Verhältnisse in Schweden, wo übrigens jetzt während des Generalkriegs ohne jede Schwierigkeit das völlige Alkoholverbot durchgeführt werden konnte. Das war bekanntlich auch 1905 der Fall beim großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, an dem 200 000 Mann beteiligt waren. Ferner sei daran erinnert, daß das freiwillige Alkoholverbot durch die Gewerkschaften immer mehr in allen Ländern zu einem Bestandteil der Kampfstategie bei Streiks wird. Wie in tausend anderen Beziehungen ist es eben auch hier die Gewerkschaft, die am erfolgreichsten eingreifen kann, was jetzt sogar — fast ungläublich! — ein preußischer Landrat bestätigt hat. Die Bergische Arbeiterkammer hat nämlich kürzlich folgendes, vom Landrat Dr. Lucas in Solingen unterzeichnetes Schriftstück veröffentlicht: „Was eine Gewerkschaft vermag im Kampf gegen den Alkoholmißbrauch, zeigt folgendes Beispiel: Auf der Kaiserlichen Werk in Kiel bestand der Brauch, die Schichttage durch Ausgabe von „Handen“ und „Litern“ Schnaps zu feiern. Die Verdorbenen von der Leitung der Werk hiergegen gerichtet wurden, fruchteten wenig. Das sie nicht vernommen, hat die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes zustande gebracht: auf ihre Anweisung ist jener schmutzige Zapf unweidlich abgeschafft.“ — Erfolgreichweise wendet die gesamte Arbeiterpresse und Arbeiterbewegung den Krieg gegen den Schnaps ihre Aufmerksamkeit zu und selbst die bürgerliche Presse unterstützt ihn. So veröffentlicht der Sladderadatsch folgenden „Ausruf an die Schnapsstricker“:

Streich, laufe, daß du wie ein Stroh
In Boden fällst und schnarrend rasst!
Doch wisse, daß dem blauen Blut
Du hiermit nur ein Gutest tust!

Denn jedes Schnapslein, jeder Schnaps,
Ist jedes Kröpfchen Fuchelst
Bersäuft — bebenie dich, du Hops! —
Des Brautweininjanzes hohe Kraft!

Um jeder Tropfen, Stroh für Stroh,
Der dir die Gurgel kauterisiert,
Bedenke, daß im Augenblick
Er zehn Prozent an dir gewinnt!

Technische Rundschau.

Diamantsäge. — **Waldschneidemaschine.** — **Verordnung zur Abkämpfung von Schlingpflanzen.** — **Schneidemaschine als Ersatz für Schneemaschine.** — **Stromerzeugung für Bergwerke.** — **Elektrisches Wasserwerk.** — **Verwendung von Holzgas zur Aufzucht von Schlingpflanzen.** — **Schlingpflanzen für die Aufzucht von Schlingpflanzen.** — **Stromerzeugung für Bergwerke.** — **Elektrisches Wasserwerk.** — **Verwendung von Holzgas zur Aufzucht von Schlingpflanzen.** — **Schlingpflanzen für die Aufzucht von Schlingpflanzen.**

Die Erfolge mit der Anwendung der Diamantsägen haben den Wunsch gereizt, auch andere Werkzeuge mit diesem harten Schneidmittel zu versehen, doch führt dies meist zu großen Schwierigkeiten, namentlich wenn es gilt, die kleinen Diamantspitzen selber an den Schneidwerkzeugen zu befestigen. Die ersten Sägen dieser Art hatten daher auch nur geringen Wert, heute sind die Überwinden dieser Art ziemlich behoben. Es gibt Diamantsägeblätter und -Wälzlager mit wasserlöslichen oder löslichen Bindemitteln. Die von einer Pariser Firma erprobte Diamantsägeblätter dienen besonders der Kleinindustrie. Ein gewisses Metall umgibt eine horizontale Welle, die die Sägeblätter trägt. Die Sägeblätter der Welle laufen in Kanälen, die richtig eingestrichelt, das Schneidmaterial der Sägeblätter verhalten. Die Welle erhält der Antrieb von einer Nockenmechanik. Das Arbeitsblatt ruht auf einem Tisch, der entweder durch Handarbeit oder durch einen elektrischen Motor von der Nockenmechanik her durch Schneidwerkzeuge fortbewegt wird. Die Handarbeit beträgt 30 bis 120 Millimeter bei 60 Umdrehungen des Wälzlagers und 450 der Sägeblätter. An Stelle der Säge kann auch ein Diamantsägeblatt eingesetzt werden, oder auch eine Schneidmaschine, so daß die verschiedensten Arbeiten ausgeführt werden können.

Die Blauflecken-Fliegmaschine der Firma Kuhnle & Lentze in Bielefeld hat sich in der Praxis bewährt. Um die beim Fliegen anfallenden Verunreinigungen und Bergungen der Blaufleckenmaschinerie zu vermeiden, werden bei obgenannter Maschine die Blauflecken paarweise gebogen, wodurch sich die anfallenden Kräfte von einem auf den anderen Blauflecken übertragen sollen. Die vier Blauflecken sind auf einem Tragegestell durch angeordnete, daß drei davon, die Blauflecken, selbst zur Antriebsleistung dienen und durch ein Epindel und Handrad unabhängig voneinander in Schrittschritten bewegt werden können, während die Antriebswelle durch Scherze

Drum laß dich den Karosifabrikanten,
Ob er dir auch vorzüglich scheint,
Den Himmel, Meer, den Aquaviv,
Du lauß ja nur für deinen Feind!

Und ach, was kann das Ende sein?
Denn ihn geht langsam lüsch am Fuß,
Er aber streicht die Wesschen ein
Und brummt die neue Weisen auf!

Doch wann? nach meinem Rat geschieht,
Stolz bleibst du um dich und mit Grund:
Der Funke ohne Schnapspross!
Er schiebt dahin am Bilderschwund!

Der Schnaps ist nicht nur das geeignete Objekt, sich dem neuen Junkerlich-ultramontanen Raubzug zu entziehen und dem Militärmosch Mittel zu verringern, sondern darüber hinaus auch den politischen Einfluß des Junkertums zu brechen oder doch zu schwächen, der auf seiner großen wirtschaftlichen Macht beruht. Entfällt doch der größte Anteil an der deutschen Schnapsproduktion auf den kulturfeindlichen preussischen Braubetrieb und zwar es hoch Preussisch Engels, der schon im Jahre 1878 im Leipziger Volksstaat auf den Zusammenhang zwischen der politischen Macht und der Schnapsproduktion des preussischen Junkertums hingewiesen hat, und zwar anlässlich einer Karborffischen Interpellation im Reichstag über die hohe Besteuerung des preussischen Schnapses im Ausland. Engels kam in seiner Artikelserie zu dem Schluß: „An dem Tage, wo den preussischen Junkern der Vestaltheilhelm entnommen wird und ihnen nur noch der Wappenhelm oberhöchstens der Kameehalm bleibt — an dem Tage ist es aus mit Preußen. . . Mit dem Sturz der Branntweindrennerlei führt der preussische Militarismus und ohne ihn ist Preußen nichts. Dann werden die Ostprovinzen in den Rang zurückfallen, der ihnen nach ihrer dummen Bevölkerung, ihrer unter dem Wackerbau geknechteten Industrie, ihren halbfeudalen Zuständen, ihrem Mangel an bürgerlicher Entwicklung und allgemeiner Bildung in Deutschland zukommt. Dann werden die übrigen Länder des Deutschen Reiches, befreit von dem Druck dieser halbmittelalterlichen Herrschaft, aufatmen und die ihnen nach ihrer industriellen Entwicklung und fortgeschrittenen Bildung zukommende Stellung einnehmen. Die Ostprovinzen selbst werden sich anders, weniger vom Wackerbau abhängige und in der Wirtschaft, statt dem preussischen Staat, der Sozialdemokratie ihre Arme zuführen. Die ganze übrige Welt wird jubeln, daß es mit der preussischen Inselfestigung endlich einmal zu Ende ist; die preussischen Junker und der dann endlich „in Deutschland aufgegangene“ preussische Staat aber werden sich trösten müssen mit den Worten des Dichters: „Was unsterblich im Gesang soll leben, muß im Leben untergehen.“

So erhält der Krieg gegen den Schnaps auch eine hochpolitische, bestrebende Bedeutung.

Vom sozialdemokratischen Parteitag.

I.
Leipzig, 16. September 1909.

Der sich vor Enttäuschungen bewahren will, muß seine Erwartungen nicht zu hoch spannen. Dies erschien besonders angebracht bei dem Parteitag, der gegenwärtig schon zum Teil verstrichen ist. Die letzten Monate vor dem Parteitag hatten in einem Teile der Parteipresse und der Parteiveranstaltungen so viele unerquickliche, ja geradezu niederdrückende Zünderien gebracht, daß die einen fürchteten, der Leipziger Parteitag werde in puncto Skandal weiter nichts sein als eine Fortsetzung des Nürnberger Parteitages. Die anderen glaubten dagegen, daß der leider fortwährende Stand in der Partei bei den Delegierten einen so großen Widerwillen dagegen hervorzurufen werde, daß sie keine Lust zu solchen parteiunwürdigen Diskussionen mehr hätten. Wer sich vergegenwärtigte, wie große Wirkungen oft durch sehr kleine Ursachen ausgelöst werden können, hätte sich vor vorteiliger Sprödigkeit, so sehr er auch wünschte, daß der Parteitag zum Wohle der Arbeiterbewegung auslaufen möge, also nicht so wie sein Vorgänger.

Ueber Leipzig als eine der Hochburgen der Arbeiterbewegung, sowohl der Sozialdemokratie als auch der Gewerkschaften, ist in diesen Tagen von der sozialdemokratischen Presse soviel mitgeteilt worden, daß wir mit Rücksicht darauf den für eine Wiederholung notwendigen Raum ersparen können. Nur eins wollen wir hier bemerken. Bei der heutigen Anteilnahme der Leipziger Arbeiterkammer an der Arbeiterbewegung erscheint es selbstverständlich, daß auch der diesjährige Parteitag ihr lebhaftes Interesse erwecke. Nun war es aber trotz der Größe des Lokals fastschon unmöglich, alle Leipziger Genossen ohne weiteres zum Parteitag zuzulassen. Man hätte deswegen nur solchen Einlaß gewährt, die entweder eine Tageskarte zum Preise von 50 S. oder eine Donatkarte um 3 M. (für Nicht-Parteigenossen waren die Preise 2 M. und 8 M.) gelöst hätten. Dies hätte bei manchen Leipziger Parteigenossen Unwillen erregt. Wir hören dies weder anderem von Leipziger

Metallarbeitern, die sich veranlaßt sehen, die bei den Generalkonventionen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit Nachdruck geforderten Sitzungen und Beschlüsse des Parteitag mit diesem auf dem Parteitag selbst zu verfahren zu begreifen. Ihre Unruhe wurde noch verstärkt durch die Vermutung, daß die Eröffnung des Parteitages zugleich zu einer Art Einweihungsfeier des neuen Saales im Volkshaus ausgefallen werden sollte. Nun haben aber die Leipziger Arbeiter große Opfer für das Volkshaus gebracht. Allein die Metallarbeiter haben 33 000 M. hineingesteckt. Das nun aber eine Einweihungsfeier stattfinden sollte, zu der sie noch ein besonderes Opfer bringen sollten und die sich hauptsächlich vor Fremden abspielen sollte, erregte ihren Unwillen. Nun erwies sich dieser Unwillen als unbegründet, denn bei der Begrüßung des Parteitages vertrieb der Genosse Lipinski alles, was nach einer Einweihungsfeier aussah. Den Leipziger Genossen bleibt also die Einweihung noch vorbehalten, zumal wohl das Lokal, besonders in den Nebenräumen, noch nicht fertig ist. Der große Saal ist notdürftig hergerichtet worden, macht aber auch schon in dem unfertigen Zustand einen guten Eindruck.

Auf dem Parteitag waren am 16. 351 Teilnehmer und 9 Gäste, also nicht ganz so viel wie am dem Nürnberger Parteitag. Aus den Begrüßungsreden der ausländischen Parteivertreter wollen wir an dieser Stelle nur eine Bemerkung unseres Genossen und Kollegen Beer aus Oesterreich (Redakteur des Oesterreichischen Metallarbeiters) hervorheben. Kollege Beer sagte, daß die österreichischen Genossen auch nicht den leisesten Versuch machen wollten, in die Angelegenheiten der deutschen Genossen einzugreifen. Diese Versicherung ist nicht neu und den guten Willen mögen die österreichischen Genossen vielleicht gehabt haben und sie mögen vielleicht auch glauben, nicht dementsprechend zu handeln. Tatsächlich haben die Oesterreicher soviel wie möglich in entgegen gesetzte Sinne gewirkt. Wir erinnern unter anderem nur an das Auftreten des Genossen Viktor Adler auf dem Berliner Parteitag (siehe Nr. 35 der Metallarbeiter-Zeitung). Uns will überhaupt scheinen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich überhaupt mehr als gut ist, von Usuländern beeinflusst zu werden, seien sie nun innerhalb oder außerhalb der deutschen Grenzen. Die Oesterreicher würden jedenfalls scharf dagegen protestieren, wenn die Deutschen sich in solcher Weise in die österreichischen Parteiangelegenheiten einmischen wollten, wie es die Oesterreicher fortgesetzt in die deutschen tun.

Aus den Verhandlungen des Parteitages müssen wir an dieser Stelle zunächst die Branntweindebatte in der Nachmittagsitzung des 13. September hervorheben. Es war eine Freude, dieser Debatte zuzuhören. Es traten Redner auf, von denen man annehmen kann, daß auf anderen Gebieten ihre Meinungen sehr weit auseinandergehen. Auf diesem Gebiet waren aber alle einig und die einstimmige Annahme der vom Genossen Löbe (Redakteur der Breslauer Volkswoche) eingebrachten und begründeten Resolution erweckte allgemeine Begeisterung. Sie lautet folgendermaßen:

Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bedroht einen großen Teil des durch die wirtschaftliche Notlage der Bauern aufzuweckenden Reiches des Reiches den Schultern der Bauern aufzuliegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Konjunkturerhaltungspolitik auch weiterhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweintrinker ein jährlicher Extraprofit von über 50 Millionen Mark geschenkt werden. Um dieser verbrecherischen Politik auszuweichen und die Konjunkturerhaltungspolitik zu beugen, und zugleich dem durch den Branntweinverbrauch verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend der unteren Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweinverbrauch zu vermeiden. Die Parteiorganisationen und Parteigenossen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise auszuführen zu bringen.

Um den Rest des Nachmittags ausnutzen zu können, nahm der Parteitag nach dem Vorschlag des Vorsitzenden Singer den Punkt 7 der Tagesordnung — Internationaler Kongress in Kopenhagen — vorweg. Genosse Singer referierte kurz und schlagend vor, daß zu dem Kongress wiederum von der Partei und den Gewerkschaften die gleiche Zahl von Delegierten entsandt werden soll. Die Zahl der Delegierten sollen dann Parteivorstand und Generalkommission vereinbaren. Dagegen hatte der Parteitag natürlich nichts einzuwenden. Wertvoll war die Anregung des Genossen David, dem Internationalen Sozialistischen Bureau die Aufstellung eines Schemas zu empfehlen, wonach die Parteiorganisationen der verschiedenen Länder sich bei der Berichterstattung zum internationalen Kongress richten sollen. Genosse Singer sagte zu, daß die Vertreter Deutschlands für die Vertretung dieser Anregung eintreten würden. Dies wird ohne Zweifel die Berichte ganz bedeutend verbessern und in den Ländern, wo die Ordnung in den Parteiorganisationen noch zu wünschen übrig läßt,

bietet diese Sicherung den Vorteil einer sehr genauen und feinen Einstellbarkeit, die für eine einzellige Whitworthschraube z. B. eine solche von 0,006 Zoll noch gestattet. Auch gestattet diese Sicherung ohne Schädigung des Splints ein Nachziehen der Schraube mit dem Schlüssel, sofern es sich nur um eine kleine Drehung behufs festeren Schließes handelt. Ausgeführt wird die Sicherung für alle gängbaren Normal-Whitworthschrauben, also für solche von 1/4 Zoll bis zu 2 Zoll Bolzen Durchmesser.

Einen eigenartigen Weg zur Verminderung des Auftretens von Schlagweitem hat die Grube Frankenthal (Frankenthaler Bergwerksgesellschaft) beschritten. Die Grubengänge eines schlagweitemreichen Flözes in 500 Meter Tiefe werden durch eine 1500 Meter lange Rohrleitung über Tage geführt zu zwei Stoßsteinen von je 70 Quadratmeter Flächfläche. Den Stoßstein sind Verbrennungskammern aus feuerfesten Steinen vorgebaut. Das zu verbrennende Gas entfällt außer Kohlenstoff und Wasserstoff noch etwa 8 Prozent Stickstoff und Spuren von Sauerstoff sowie etwas Wasser, das aber schon in der Grube mittels eiserner Behälter, die in der Gasleitung von 160 Millimeter lichter Weite eingeschaltet sind, abgetrennt wird. Die beiden Stoßstein liefern pro Stunde 3600 Kilogramm Dampf. Bei Beanspruchung der Heizfläche mit 40 Kilogramm Dampf pro Stunde beträgt die Abgastemperatur nicht mehr als 280 Grad Celsius.

Ein belgischer Professor der Universität Brüssel hat kürzlich in einer belgischen Gelehrtenversammlung ein „elektrisches Barometer“ vorgestellt. Dieser Apparat ermöglicht auf elektrischem Wege die Schwankungen des Barometerdrucks zu kontrollieren und hat den Vorteil, daß die Kontrolle nicht durch direktes Ablesen vom Barometer vorgenommen zu werden braucht, so daß das Barometer in geeigneter geschützter Lage angebracht werden kann und die Messung bequem im Arbeitsraum des Kontrollieurs vorgenommen wird. Der Apparat besteht aus einem Barometerrohr, das wie üblich an einem Ende offen und mit Quecksilber gefüllt ist. Am geschlossenen Ende des Barometers ist in das Glas ein U-förmig gebogenes Kohlenröhren eingeschmolzen, so daß derselbe teilweise in das Quecksilber eintaucht. Die Enden des Kohlenröhrens, die durch das Glas der Röhre hindurch reichen, sind mit Klappen versehen, an die eine elektrische Leitung angeschlossen wird. Wird in diese Leitung ein Galvanometer eingeschaltet und schwankt der Barometerdruck, so wird der Kohlenröhren je nach der Schwankung der Quecksilberhöhe

bezu beitragen, die nötige Ordnung zu schaffen und einen ergiebigen Einblick auf die dortigen Verhältnisse auszuüben.
 Scherz spielen die Gegner aufeinander bei den Verhandlungen über den dritten Punkt der Tagesordnung: Parolen- und Scharfspiel, das unter Parteigenossen, die man als sogenannte Radikale bezeichnet, große Meinungsverschiedenheiten darüber herrschen, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Zustimmung zur Erb- und Fallsteuer im Reichstag recht gehandelt habe oder nicht. Dagegen konnten die sogenannten Revisionisten mit Recht darauf hinweisen, daß sie mit ihrer Zustimmung zur Erb- und Fallsteuer nur entsprechend dem Parteiprogramm gehandelt hätten. Die Gegner der Zustimmung begründeten ihre Stellungnahme vorzugsweise damit, daß der jämmerliche Zustand der Reichsfinanzen, der die „Finanzreform“ zur Folge hätte, lediglich eine Folge der verkommenen Verwaltungspolitik sei und daß man einem solchen System keinen Groschen bewilligen dürfe, einerlei, ob das Geld durch direkte oder indirekte Steuern aufgebracht werden solle. Die Freunde der Zustimmung entgegneten darauf, daß sie keineswegs die beabsichtigte Verwendung des Ertrages der genannten Steuer aus dem Auge gelassen hätten. Für sie sei jedoch außer der Vorchrift im Parteiprogramm noch die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Ablehnung der Erb- und Fallsteuer nur die Folge haben könnte, die indirekten Steuern, die die Arbeiterklasse ohnehin so schwer belasten, noch um weitere 50 Millionen zu erhöhen. Dies ist ja auch geschehen, nachdem trotz der Zustimmung der Fraktion im Reichstag die Erb- und Fallsteuer abgelehnt worden war. Bekanntlich ist es aber im Reichstag gar nicht zu der dritten Lesung des Erb- und Fallsteuer-Gesetzes gekommen, die doch notwendig gewesen wäre, um das Gesetz im Reichstag in geschäftsordnungsmäßiger Weise zu erledigen. Nun drehte sich der Streit darum, ob die Fraktion bei einer etwaigen dritten Lesung unter allen Umständen des Gesetzes zustimmen sollen oder ob sie ihm eventuell hätte zustimmen dürfen, was den Genossen Richard Fischer (Berlin) veranlaßte, unter der Forderung des Parteitagestages vergleichsweise an den Hund zu erinnern, der auf jeden Fall den Hasen ergreift hätte, wenn er nicht den „bekannten Ausweg“ gehabt hätte. Mit Recht wurde dieser Streit als ein Streit um ungelegte Eier bezeichnet. Zu einer Beschlußfassung kam es in dieser Angelegenheit nicht, auch nicht über die von einigen Rednern geforderte Beratung über die Steuerfrage auf dem nächsten Parteitag. Obgleich ja eine solche an sich keineswegs schaden kann, wäre es dennoch bedenklich, wenn sie dazu führen sollte, die Fraktion in solcher Weise festzulegen, daß sie zum Beispiel in einem solchen Falle wie dem erörterten die Fraktion auf jeden Fall in der einen oder der anderen Weise festlegt. Das kann die Fraktion unter Umständen in sehr bedenkliche Situationen bringen.

Um einen Genuß betrogen wurden die verschiedenen Sensationshäscher, die da hofften, daß die „Sofgänger“ der sieben württembergischen Landtagsabgeordneten zum Gegenstand einer grimmigen Debatte gemacht werden würde. Dazu kam es nicht. Es lagen dazu sechs Anträge vor, die mit Ausnahme eines einzigen die Teilnahme der genannten Abgeordneten an dem Ausflug des württembergischen Landtages nach Freiburg zur Verhandlung eines Antrages aus Stuttgart zurückgezogen. Als nun über die Sache verhandelt werden sollte, teilte Genosse Singer mit, daß diese Delegierte den Wunsch ausgesprochen hätten, diese Angelegenheit in Kameradschaftlicher, parteiunabhängiger Weise zu erledigen. Dazu war der auf dem Parteitag anwesende Teil der „Sünder“ bereit und es kam auf diese Weise eine Erklärung zustande, wonach die Beteiligten durch ihre Teilnahme an dem Ausflug selbstverständlich nicht beabsichtigt hätten, an einer monarchischen Demonstration teilzunehmen und daß sie der Veranstaltung fernzubleiben würden, wenn sie hätten annehmen können, daß dieser Ausflug in seinem weiteren Verlauf zu einer monarchischen Festsitzung benutzt werden würde. Im Anschluß an diese mit Beifall ausgenommene Erklärung teilte Singer mit, daß die Vertreter des ersten württembergischen Wahlkreises vorher von dieser Erklärung Mitteilung erhalten und daraufhin den Stuttgarter Antrag zurückgezogen hätten. Damit ist dieser Streitfall, der bei einem Teil der Parteigenossen eine so große Aufregung hervorgerufen hat, in guter Weise erledigt worden. Es war auch wirklich nicht der Mühe wert, den wüßtest Dumm, der in einem — wenn auch nicht grobem — Teile der Partei tobte, auf dem Parteitag seine Fortsetzung gefunden hätte.

Die Verhandlungen über den Punkt 4 — Bericht der Kommission wegen Änderung des Organisationsstatuts — können wir übergehen. Erwähnt sei nur, daß der Parteitag nach einer ausgiebigen Generaldebatte auf eine Spezialdebatte verzichtete und den Entwurf der Kommission en bloc annahm.

Weiterum um eine Sensation betrogen wurden die Freunde von solchen bei der Behandlung der Parteifrage. Auch die Leipziger Volkszeitung ist nicht auf ihre Rechnung gekommen. In ihrem grandiosen Artikel in Nr. 135 vom 16. Juni:

mehr oder weniger tief in das Quecksilber eintauchen, und so dem elektrischen Strom einen mehr oder weniger großen Widerstand entgegenzusetzen, der sich durch den Ausschlag des Galvanometers kenntlich macht. Da aber das Quecksilber auch den Einflüssen der Temperatur ausgesetzt ist und sich mit zunehmender Wärme ausdehnen würde und dieses Ausdehnen leicht als Barometerabweichung angesehen werden könnte, ist ein zweites Rohr, von gleicher Größe und Gestalt und ebenfalls mit Quecksilber gefüllt, vorgesehen, die aber an beiden Enden geschlossen ist. Das Quecksilber in diesem Rohr ist also nur den Temperaturschwankungen unterworfen, und der durch den in seiner Spitze gleichweise eingeschmolzenen Kohlenfaden einem elektrischen Strom gebotene Widerstand bezieht sich nur auf die Temperaturschwankungen. Durch den Unterschied der beiden Schwankungen kann man den auf die Barometerabweichungen zu rechnenden Rest finden. Die beiden Röhren sind deshalb so an ein Galvanometer angeschlossen, daß sie bei gleicher Temperatur den Zeiger des Barometers auf Null halten. Jede Schwankung des Zeigers ist dann auf eine Druckänderung in der Atmosphäre zurückzuführen. Bei dieser Einrichtung findet die Ableseung am Galvanometer statt. Schaltet man aber einen veränderlichen Widerstand in die das Galvanometer und das Barometerrohr verbindende Leitung hin und hält man den Zeiger des Galvanometers bei Druckschwankungen dadurch auf Null, daß man diesen Widerstand ändert, so kann man an der Skala des Widerstandszeigers die betreffenden Schwankungen ablesen.

Der in erheblicher Menge bei der Kohlegewinnung in Stehen und Gasanstalten abfallende Kohlegrus, der, soweit er überhaupt verkauft werden kann, nur mit 15 bis 60 M für 10 Zentner Gewicht, je nach Lage und Qualität, verwendet werden kann, ferner auch andere Abfallprodukte, wie die Rauchkammerische der Lokomotiven und der Anthrazitstaub, lassen sich heute wirtschaftlich am besten in dem Nürnbergger Feinlohlen-Generator, den die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg nach mehrjährigen Versuchen, die die Bequemlichkeit und vollkommene Betriebsicherheit des Apparates bewiesen haben, in den Handel bringt, um Antrieb von Gasmaschinen auszunutzen. Bei einem 72stündigen Dauerversuch mit einem solchen Feinlohlen-Generator und einer 200 PS.-Gasmaschine wurde bei stark schwankender Belastung im Mittel ein stündlicher Brennstoffverbrauch von nur 0,63 Kilogramm PS.-Stunde festgestellt, einschließlich aller

Verluste, Anheizen und Abschladen. Das entspricht stündlichen Brennstoffkosten von nur 0,1 bis 0,4 M für 1 PS. Die Anlage erweist sich also als eine Kraftquelle von außerordentlicher Wirtschaftlichkeit.

Auf einer Reife von Zeichen Westfalens ist ein selbsttätiger Wellblech-Förderer erfunden, der eingeführt, bei dem an den Seitenplatten eine Achse verlagert ist, die eine Feder trägt. An dem Federgehäuse ist eine Wellblech-Rolle aufgehängt, die durch zwei Riemen gehalten wird. Ihre Föhrung erfolgt durch Schienen, die mittels Zapfen am Förderer befestigt sind. Bei Personenförderung wird zum Schließen des Korbes die Rolle durch einen Handgriff herabgezogen und durch Riegel am Förderer festgehalten. Nach Öffnung des Riegels geht die Rolle infolge der Federwirkung selbsttätig hoch. Der Verschluß bleibt im allgemeinen auch während der Förderung am Korbe. Beim Holzeinhängen z. B. kann er schnell herausgenommen werden. Der Hauptvorteil des Verschlußes besteht darin, daß er den freien Querschnitt des Förderers nicht beeinträchtigt und daß daher die Leute den Korbe schnell bestiegen und verlassen können. Dadurch, daß das zeitraubende Öffnen der Türen nach innen wegfällt, läßt sich eine nicht unbedeutende Verzögerung der Seilsahrt erzielen.

Eine interessante Frage der Funkentelegraphie ist die Geheimhaltung der Mitteilungen. Zu diesem Gegenstande wurde kürzlich in einer Stadt Deutschlands eine bemerkenswerte Beobachtung gemacht. In einem Arbeitsraum, der durch eine elektrische Bogenlampe erhellt war, bemerkte man nämlich, daß die Lichtstärke derselben ein regelmäßiges Auf und abwiegen, das man bald als den telegraphischen Morsezeichen entsprechend erkannte. Diese Veränderungen in der Lichtstärke waren zudem mit einem Anschwellen und Nachlassen des Geräusches, das die Bogenlampe machte, verbunden, das länger oder kürzer je nach dem Strich- oder Punktzeichen des Morsealphabetes andauerte. Wie bekannt ist, kann man Morsezeichen leicht nach dem Gehör aufnehmen, was auch in diesem Falle gelang und woraus man erkannte, daß diese Zeichen von einer Station für drahtlose Telegraphie kamen, die ungedämpft elektrische Wellen sendete. Da es also in diesem Falle gelang, ohne besondere Vorrichtung lediglich durch eine gewöhnliche Bogenlampe ganz unbedenklich Depeschen abzufangen, so ersieht man, daß die Geheimhaltung der Mitteilungen durch drahtlose Telegraphie nichts weniger als gesichert ist.

Aus Amerika.

Vom Ohio bis zum Stillen Ozean.

Von Chagrin.

VII.

Unter Denver beginnt die szenenreichste Route der Welt. In wüstenhaften Windungen steigt die (Rio Grande) Bahn ins Felsengebirge von Colorado. Schöne Aussicht auf Tal und Schneeberge. Man fährt an alten Minen, verlassenen Goldwäschereien und luftigen Dörfern vorüber. Der in dicke Rauchwolken gehüllte gefährliche Indusstrait Leadville, bekannt durch reiche Erzlager und schwere Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, kommt heran. Unter Rußen und Wägen erreicht das Dampftrab den Breitenrückenpaß. Bei Durax ist die höchste Stelle des Gebirges (3500 Meter) erklimmen. Der Aufenthalt genügt gerade, um im Schnee die eingestürzten Gletscher wieder lebendig zu machen. Das mit scharfem Glase bewaffnete Auge findet bald das Holy Cross, eine in ewigen Schnee gehüllte kreuzförmige Gebirgsruine. Nachdem die Wasserseiche passiert ist, geht's auf steilen Windungen wieder abwärts. Eine eigentümliche, fremdartige Gebirgslandschaft breitet sich aus. Die Berge gemahnen von weitem an Riesenschlöffer, an gigantische Burgruinen mit brutal roh behauenen Mammuthaffaden, die aber bei der Näherung zu Felsen mit senkrechten Wänden werden, denen Wind und Wetter in hundertjährigen Arbeit Ranken gebrochen, Höhlen ausgescharrt, Plastik gegeben hat. In begrenzten Flächen sieht man pyramidenförmige Klüfte auf der Spitze stehen. In der Behmenfelsenschicht domnen Wassermaßen in die Tiefe; an den fast senkrechten Abhängen wühlen in schwindelhafter Höhe Menschen gleich Maulwürfen im Eingeweibe der Erde nach dem glühenden Erz. Sie gleichen vom Zuge aus lebend begabten Erdwülpchen. In harte Felsen getretene Pfade schlängeln zu ihnen hinan, die von ziemlicher Höhe an von hydraulischen Leitungen talwärts begleitet werden.

Die Flora ist armfältig genug. Erst weit unten beginnt die Stahlheit und Leblofigkeit der Natur sich zu vermindern, um schließlich einer bunteren Farbenpracht zu weichen. Aber diese wechselt nur zu bald wieder mit einer trostlosen Wüste. Viele Stunden rollt der Zug über besternteten Lavaböden, unmerklich, aber ständig der niedrigsten Stelle der Tiefebene zu. Kein Baum, kein Strauch, kein

Wäucher zeigt sich dem Auge und die Schatten der Bergkette entfallen im Süden; kein Vogel, kein Tier, kein Mensch hat sich in diese Sahara verirrt. Gewalt der Wildnis — und das ist nicht viel — ein grauschwarzes Gitter. Unerschrocken wird die Wüste endlos, unendlich der Ausdehnung, unaussprechlich die Langweiligkeit. Man hält den Atem an. Gold brauhtlos sind man im Schlaf. Man irrt von Ansehern, die mit Planenwagen als Schrittmacher über diese Wüste laufen, deren müde Gespanne nach einer Oase, nach frischem Wasser und Gras suchen, deren eifrige Blide vergeblich nach Wegweisern suchen und denen vom Himmel kein anderer Fingerzeig werden will, als die geblickten Knochen eines vorfabrenden Schiffschiffers am Wege. In einem anderen Traumbild stehen lange Wagenreihen mit schlängelnden, mülligen Begleitern hoffnungslos westwärts; die Mormonen. Ihnen folgen die Forschungsrepeditionen mit bewaffneter Begleitung zu Pferde und mit selbstausgebendem Lebensmittelvorrat: den Viehherden. Diese Mannschaft erzählt, ohne die schubfertige Fronte aus der Hand zu lassen, von ihren überstandenen Strapazen, ihren Kämpfen mit den Rothhäuten, die, von nagendem Hunger oder von Raubgier, oder wahnsinniger Lust nach Fleisch getrieben, ihre Herden im Nachtlager verpflegen, aber blutig heimgeschickt wurden. Aus diesem Stimmengetöse glaubt man die Manen der Wüstenbergs herauszuhören, die von ihrem furchtbaren Tauchhandel mit den Indianern berichten, von deren Furchtlosigkeit und Hilfsbereitschaft; wie die Naivität und die Tugenden der rothhäutigen Nomaden mit den Argumenten des christlichen Zeitalters, als da sind: Aß, Betrug, Schnaps, Anechtshaft und Viel und Pulver, betriebener oder getödtet wurden und dadurch an ihre Stelle Ioderber sah treten mußte. Den Rundschaftern auf dem Fuße folgen mit Wägen und Schaufel bewaffnete vierfüßrige Gestalten mit Gefährtskellen, die an die Grüne Insel oder an Italien oder an Centraluropa erinnern. Sie werfen Gelle, verbinden den östlichen Teil des amerikanischen Kontinents mit der ersten auf diesem Weltwege nach dem Westen gelegenen Oase, der Mormonenstadt am großen Salzsee.

Salt Lake City, die mormonische Anstaltung, wurde 1847 von den religiösen Eigenbrütlern gegründet. Dank dem blendenmäßigen Fels entstand um die Ansiedlung ein farbenprächtiger Rahmen. Aus der Stadt der „Heiligen der letzten Tage“ ragt weißlich leuchtend das Tabernakel empor. Nach Salt Lake City folgt der Eisenbahnnotenpunkt Ogden, in schattigem Grunde gelegen. Die Eisenbahn fährt auf einer 37 Kilometer langen Holzbrücke über den Salzsee und steigt dann allgemach bergan, um die letzte Bergkette, die uns von Kalifornien trennt, die szenenreiche Sierra Nevada zu übersteigen. Eine von allen Seiten freudig begrüßte Abwechslung.

Im allgemeinen ist in Amerika das Reisen die langweiligste Sache der Welt. Der Amerikaner muß tausend Meilen reisen, um so viel Abwechslung zu haben wie der Europäer mit hundert oder noch weniger Meilen. Das amerikanische Gebiet ist bedeutend einfacher, glatter und einseitiger als das Europas. Seine Küsten werden nicht von Inselgruppen umsäumt, es hat keine Einbuchungen wie die Ostsee oder das Mitteländische Meer, noch gibt es hinaus ins Meer wie Italien oder Jütland. Das Territorium wird von nur drei großen Gebirgszügen durchzogen, die alle von Nord nach Süd laufen und es in vier Regionen teilen. Die eine beginnt am Atlantischen Ozean und dehnt sich bis zu dem Alleghantengebirge. Hinter diesem beginnt die Mississippiabteilung, die 1100 Meilen breit und 1200 Meilen lang ist und im Felsengebirge (Colorado) ihre Grenze findet. Nach dem Felsengebirge folgt die zum größten Teil total unfruchtbare Ebene von Nevada, die sich bis an die Sierra erstreckt. Die vierte Region liegt zwischen der Sierra und dem Stillen Ozean. Da Amerika keine von Norden nach Westen laufenden Gebirgszüge hat, können die kalten Nordwinde ungehindert die kalten Ebenen durchziehen. Dadurch sind die südlichen Regionen viel wärmer als die in gleichen Breitenlagen gelegenen Gegenden Europas. Die Sommer sind viel heißer, die Winter ungleich strenger. Der Saisonwechsel vollzieht sich mit Plötzlichkeit. Der europäische Frühling ist unbekannt. Das allmähliche Werden und Vergehen der Naturpracht ist dem Lande der Regenfälle fremd. Der nord-südliche Lauf der Gebirgsketten gibt nicht nur den Südstaaten kalte Winter, sondern hält auch die in westlicher Richtung strebenden Regenwolken der pazifischen Küste fern und bedingt für einen guten Teil der Region am Stillen Ozean anhaltende Dürre. Kalifornien sollte eigentlich immer getrennt vom übrigen Amerika behandelt werden, denn auch schon ein oberflächliches Betrachten zeigt seine Sonderstellung. Das gibt besonders für Witterung und Klima. Kalifornien kennt weder die große Hitze noch strenge Kälte des Ostens. Bei ihm gibt's weder Winter noch Sommer, sondern nur eine Sonnenzeit und eine Regenzeit. Dreihundert Tage im Jahr kann man in Kalifornien im Freien leben, ohne befristet zu müssen, von Stürmen oder Regen überkräftigt zu werden. Aber auch in diesem Paradies bräht der Mangel an Veränderung gar manömal. Und auch hier keine eigentliche Frühlingzeit. Die sonstigen Monate sind ein gleichmäßiges, süßliches Eimerlein.

Erst wenn man Amerika durchkreuzt und durchquert hat, kann

Von der Firma Witz & Genest wird eine neue elektrische Fallklappe für Signalwerke in den Handel gebracht, die durch D. R. G. M. geschützt ist. Dieses „Vertikal-Tableau“ genannt ist mit einer neuen, äußerst einfachen Fallklappe versehen, die bei schon dadurch eine wesentliche Verbesserung erreicht wurde, daß der Fahnensträger gleichzeitig als Magnetaufer ausgebildet ist. Abweichend von der bisher gebräuchlichen Ausführung der Tableau-Fallklappen, bei denen die Klappen meistens nach erfolgter Auslösung eine Drehbewegung um eine Achse ausführen, beruht das Prinzip dieser „Vertikal“-Klappen auf einfacher, gradliniger Fallbewegung; hier wird mittels einer schrägen Gleitfläche der Signalanker mechanisch wieder in die Ruhelage gebracht. Kein kompliziertes Gestell mit Winkelhebel, keine Achse und Anker mit Nase, nicht eine einzige Schraube ist bei der neuen Klappenausführung erforderlich.

Bei geringster Stromstärke funktioniert das Tableau durchaus zuverlässig. In geringem Abstand von dem Pol des reichlich bemessenen Elektromagneten befindet sich die verlängerte Ankerfahne, welche im aufgerichteten Zustande (bei abgestellter Klappe) geneigt zur Vertikalen auf dem vorstehenden unteren Anker des Gestelles ruht. Sobald nun ein Strom durch die Leitung und durch den Elektromagneten fließt, zieht der Magnet die Ankerfahne an, die dadurch in die Lotrechte Lage kommt. Wird jetzt der Elektromagnet Stromlos, so erfolgt die Auslösung der Ankerfahne infolge der eigenen Schwere. Die Fallhöhe fällt abwärts und bleibt hinter der Öffnung des Tableaukastens sichtbar liegen. Die mechanische Abstellung erfolgt durch einen Schieber von unten. Die aus dem Korbe heraustrittende Stange ist innerhalb des Kastens mit einer horizontalen Stiene verbunden, durch die die Klappen abgestellt werden. Sobald die Stiene angehoben wird, drückt sie gegen das winkelförmig umgebogene Ende der Ankerfahne, welche, nach oben gebracht, auf eine schräge Gleitfläche trifft. Dadurch wird die Klappe geneigt zur Vertikalen in die Ruhelage zurückgebracht. Wieder gebrauchsfähig in aufgerichteten Zustande, liegt dann der Anker lose gegen einen Magnetenpol; beim Erregen des Magneten wird ein Drehmoment geschaffen und die Klappe kommt, wie anfangs geschah, in die Ankerstellung. Dieser Vorgang wiederholt sich beim Gebrauch stets in höchst einfacher und zuverlässiger Weise ohne größeren Kraftaufwand.

man recht verstehen, warum die Amerikaner so verfehen auf die Gurebarkeit sind. Die feierliche Gurebarkeit in Natur und Glatz bringt sie zur Gure der Gure. Natürliche Anglerungs- punkte sind eben in Amerika Gurelich wenig vorhanden. Niagara- fälle, Desfontaine, einige Gurebühnen, einige Kiefern-Gure in Kalksteinen — und die Zahl der Naturwunder ist erföhlich. Die Gurebarkeit bringt auch die Arbeiter, tausend Meilen zu reifen, um für einige Stunden den Gure einer Abwechslung zu haben und die Gurebarkeit Meilelei und dann die Umgebung zu verlassen.

Vom Atlantischen Ozean bis zum Stillen Ozean findet man die nämlichen geraden Strahlen mit gleich großen Schmutzhaufen, die gleichen Holzhaufen, abwechslungsweise vielfach einmal aus Holz- gelben. Die Schulen von außen uniform, uniform die Schulbücher und der Unterricht; die Regierungen der Staaten und die Verwal- tungen der Gemeinden alle über einen Reiften geföhagen, gleich organisiert, gleich Gurelich, rückständig und korrupt. Die Truften so- genen dafür, daß die Gure und Qualität der Lebensmittel von New York bis San Francisco dieselben sind; von Nord bis Süd, von Ost bis West die nämlichen Menschen, die gleichen Ideen, dieselben Kraftanstrengungen.

Wenn man in Europa Nürnberg und München, oder Zürich und Bern, oder Aachen und Brüssel, oder Mailand und Turin, oder Paris und Lyon besucht, dann bleiben die verschiedenen Merk- male der Städtebilder haften. In Amerika kann man, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, die Städte landauf, landab durch- wandern, ohne ein Stadtbild vom andern unterscheiden zu können. Das gleiche gilt von den Straßen. Gerat man besonders an einen Ort, wo die Straßen anstatt mit Namen mit Zahlen gezeichnet sind, so wird die gerühmte Bequemlichkeit zur unerträglichen Lang- weiligkeit. Diese Langweiligkeit wird zu einem Standart, weil so- zuzunehmen in ganz Amerika auf die Anbringung von Tafeln mit den Straßennamen nicht sonderlich Gewicht gelegt wird. Da die Un- formlichkeit der Straßen, der Häuser und deren Anstrich die Abwesen- heit von Unterschieden bedeutet, ist das Heimfinden mit peinlichen Zwischenfällen verknüpft. In New York war ich monatelang nie sicher, ob ich nicht in ein fremdes Haus eintrat. Straßenbeleuch- tung, elend, die Hausnummer nicht zu erkennen, alle Straßen voll- ständig gleich, die Schlüssel paßten zur ganzen Straßenseite. Es gab da zuweilen freilegende Mißverständnisse. Bis endlich ein weiser Nachbar mit die „Leichtigkeit“ des Findens meines Wohnhauses dattat: Der Laternenpaß — brechen ta die Laterne überhaupt kaum — siehe vor Nummer foundso, von da habe ich nur die Straße gerade zu überschreiten und drei Häuser zurückzugehen und — voll. Es geht einfach nicht über die Smartness der Yankee. Beim Anblick der Städte springt die Gure nach dem Dollar in die Augen. Eine historische Erinnerung geht nahezu nirgends an, nach amerikanischer Kunst läuft man vergeblich durch die wenigen Museen; auf den amerikanischen Theatern Bühnen hat, wenn auch nicht überall, der Revolver die nämliche Bedeutung, die Zugkraft und den Effekt wie die Ehehebung auf den Brettern der äußeren Boulevard zu Paris. Eine reifliche Nummerer Lotte mich in eins von den besten Theatern der ganzen Welt. Jöhens Dramen standen auf dem Spielplan. Die Hauptrolle wurde von „der Schauspielerin zweier Kontinente“ gespielt. Die Aufführungen hätten eine Spätere gerade vor dem Auspfaffen reiten können. Wieder um eine teuer bezahlte Erfahrung reicher. Denn der Eintritt kostet hier mehr Dollar als drüben Mark.

Der Reife in Europa wird durch eine stetige Variation wider und immer wieder geföhelt. Er braucht noch nicht einmal nationale Grenzen zu überschreiten und doch kann er die Mannig- faltigkeit der Menschentypen, der Dialekte, der Sitten, der Sitten und Kräfte, ja selbst der Wärfte, Wärfte und Schnäpfe notieren und das alles ist interessant obendrein. Diese angenehme und nützliche Stimulation heißt das „herzlichste Land auf Gottes weite Erde“ nicht oder doch nur in sehr geringem Maße. Wenn sich nun auch die „amerikanische Rolle“ nicht als Individuum zusammenföhlt, die einander wie die Eier gleichen — das Unterscheidungsvermögen findet noch allenthalben unvollständige, physische Eigenarten der Rasse oder Nationalität —, so verschwinden die Verschiedenheiten doch zu- weilen schon in der ersten nachwachsenden Generation. Viel schneller verschwinden die geistigen Unterschiede. Selbst die Einwanderer ver- lieren schon in kurzer Zeit ihre mitgebrachten Ideen und Gesühle, zumeist schon in dem dornewollen Engpaß, in dem Erziehung, durch den sie müssen, um in das „Goldland“ zu kommen, in New York. Von differierenden Sitten und Kräfte ist in Amerika nichts zu sehen, auch nicht von Dialekten (im eigentlichen Sinne des Wortes). Manimal hörte ich in New York eine Neugierde, ge- wöhnlich eine Abneigung oder ein Revolververmögen, dem „Wilden Westen“ zugeschrieben, um später in Kalifornien beliebt zu werden, daß sie von „Back East“ (schwarzen Orten) kommen. In hängen- den Kreisen wurde ich oft auf die höchsten Eigenschaften der „Southern People“ im Gegensatz zu denen der Leute in den Nord- staaten aufmerksam gemacht. Unter dem Southern People versteht man in diesen Kreisen nur die Plantagenbesitzer des Südens; das arbeitende Arbeitervolk zöhlen sie überhaupt nicht. Nach diesen Re- zichten müßten diese Southern People wahre Meister von Fremd- ländlichkeit, Redeliste, gesellschaftlichem Kalt und Zerknirschtheit sein. Sie zöhnen darin den prächtigsten Familien zu gleichen. Denn jene wie diese sind in der glücklichen Lage, etwas Kapital zu haben, die von schwerer Arbeit nicht begehrt wird. Diese Kapital verschwin- det oder bei helbes plötzl und rasch, wenn ihr süßiges Leben begehrt wird.

Die Schmiedeberufsgenossenschaft im Jahre 1908.

Der letzte Geschäftsbericht der Schmiedeberufsgenossenschaft, dieser geschäftlichen Zusammenfassung für alle das Schmiedehandwerk An- scheinenden, ist kürzlich für das Jahr 1908 veröffentlicht worden. Die Zahl der Betriebe und beschäftigten Arbeiter in der Schmiederei hat im verfloffenen Jahre ganz bemerkenswerte Abnahmen zu ver- zeichnen, die einwirkend der Krise, andererseits dem fortgeschrittenen Abgang des Alters geschuldet sein dürften. Der Abgang in der Zahl der Betriebe ist um so beachtenswerter, als von den Ozeanen der Berufsgenossenschaft eine Reihe von Betrieben einmüßig worden sind, die selber aus Unkenntnis oder abspätlich der Ge- nossenschaft nicht angehörten.

Am Schluffe des Jahres 1908 wurden in der Schmiedeberufsgenossenschaft 54 045 Betriebe mit Personal und 13 516 Betriebe ohne Personal zusammen 67 609 Betriebe, gezöhlt, während die Zahl der beschäftigten Personen 152 057 betrug. Diese ist aber nicht zu vergleichen mit der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Die Zahl der Betriebe, verfloffenen Unternehmern und Arbeiter in den letzten vier Jahren ergibt sich durch folgende Aufzöhlung:

Jahr	Betriebe		Beschäftigte
	mit Personal	ohne Personal	
1905	54045	12411	66456
1906	54486	13049	67476
1907	54728	13549	68277
1908	54045	13516	67609

Im Laufe des Jahres 1908 sind 654 Betriebe mit Personal und 236 Betriebe ohne Personal gänzlich eingestöhrt worden, auf- gehoben wurden 788 Betriebe aus anderen Gründen gelöset. Dagegen sind 1149 Betriebe zugeföhrt worden, die wirkliche Abnahme im letzten Jahre betröhgt daher nur 668. Die Zahl der verfloffenen Ar- beiter hat sich im verfloffenen Jahre um 1985 verringert. Unfallangelegenheiten an der Berufsgenossenschaft sind im Laufe des Jahres 1908 zusammen 8048 erstatet worden gegen 8993 im Jahre 1907; die Zahl der Unfälle hat also eine geringe Abnahme er- fahren. Die Zahl der entschädigten, das heißt schweren Unfälle, ist wesentlich zurückgegangen, so betrug 878 gegen 929 im Jahre 1907 und 1179 im Jahre 1908. Ein starker Rückgang der schweren Un- fälle ist namentlich zu verzeichnen beim Auf- und Abfahren von Gegenständen, bei Fall von Leitern und in Vertiefungen, bei den Unfällen durch Tiere und bei den landwirtschaftlichen Nebenbetrie- ben. Da der Bericht keine Angaben über die Art und Veranlassung aller Unfälle macht, ist eine Uebersicht über die Unfallursachen nicht möglich; man ist daher auch außerstande, über den auffallenden Rück- gang der entschädigten Unfälle etwas zu erfahren. Die Berufs- genossenschaft zöhlt sich in Schwelgen, was um so auffällender ist, als sonst jeder Unfallangabe in den Unfallzöhlen möglichst laut kund- gegeben wird.

Daß der Rückgang auf eine umfassende Durchführung der Un- fallversicherung zurückzuführen ist, können wir nicht wohl annehmen, denn es sind im verfloffenen Jahre nur knapp 1,2 vom Hundert der Betriebe revidiert worden und der Revisionsbesuch war keines- wegs erstrahlend. Der Bericht bringt zwar keine Statistik darüber, aber eine stöhliche Aufzöhnung der mitgeteilten Verfälle gegen die Unfallversicherungsbedingungen ergibt circa 1800 Mängel verschiedenster Art. So sollen in 188 Betrieben an den Bohrmaschinen die Schutz- vorrichtungen geföhelt haben, in 478 Betrieben waren die an Bohr- maschinen angebrachten Schutzvorrichtungen mangelhaft, in 160 Be- trieben waren Holzgängen nicht vorhanden oder mangelhaft, in 548 Betrieben fehlten die Unfallversicherungsbedingungen, in 202 Betrieben fehlte jedes Verbandszeug. Das genügt zur Charakterisierung des Arbeiterzustandes im Schmiedebetrieb. Von den schweren Unfällen wurden 519 männliche und 5 weibliche erwachsene, 47 männliche und 2 weibliche jugendliche Personen betroffen. Als Folge der Verletzungen trat in 22 Fällen der Tod ein, 94 Personen wurden dauernd teilweise erwerbsunfähig. Augenverletzungen waren am häufigsten (101 Unfälle), beim Fußbeschlag ereigneten sich 92 Unfälle, an Bohrmaschinen 68, in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben 21.

Landwirtschaftliche Nebenbetriebe waren im verfloffenen Jahre 10 706 bei der Schmiedebereufsgenossenschaft versöhrt; mit dem 1. Januar 1909 sind jedoch alle diese Betriebe an die landwirt- schaftlichen Betriebe angegliedert worden. Im Rechtsverfahren sind im verfloffenen Jahre 2081 versöh- lichte Bescheide erteilt worden, worunter 800 erstmalige. Von den Bescheiden betrafen 466 die Herabsetzung und 620 die Einstellung der Rente. Bei den Schiedsgerichten wurden 1056 Sachen an- hängig, darunter 284 Berufungen gegen erstmalige und 520 gegen anderweitige Bescheide. Abgewiesen als „unbegündet“ wurden 462, zugunsten der Berufenden erledigt wurden 290, unerledigt blieben 130 Berufungen.

Die ablehnenden Bescheide der Schiedsgerichte zeitigten 402 Re- kurre, dazu kommen 255 vom Vorjahr unerledigte. Von den 243 Rekurren der Berufsgenossenschaft wurden 43 zu ihren Gunsten, 47 zugunsten der Kläger erledigt. Die Verletzten hatten also hier ziemlich Erfolg. Von den 159 Rekurren der Verletzten wurden da- gegen nur 12 zu ihren Gunsten erledigt, während bei 83 die Be- rufsgenossenschaft ein obliegendes Urteil erzielte.

Ueber die Löhne der Arbeiter läßt sich dem Bericht nichts ge- nauer entnehmen. Es ist zwar der Betrag der anrechnungsfähigen Löhne angegeben, aber in diesem sind außer den Löhnen der Ar- beiter auch Aufschubeträge für die versöherten Unternehmer enthalten. Außerdem ist im letzten Jahre für die versöherten Unternehmer das 500 fache des arbeitsmäßigen Tagelohns der Beitragsberechnung zu- grunde gelegt worden gegen das 450 fache in den früheren Jahren. Dadurch ist selbstverständlich die Gesamtlohnsumme um her daraus zu berechnende Durchschnittslohn ganz erheblich gestiegen. Unsere Kollegen können sich das zur Notiz nehmen für den Fall, daß ge- wöhnliche Leute mit dem Umstand rechnen gehen, bei der Schmiede- berufsgenossenschaft sei der Durchschnittslohn im Jahre 1908 auf 735,30 M. gestiegen (1907 betrug er 647,20 M.).

Besondere Fremde vom Zahlen sind die Herren Schmiedemeister selbst. Mit Ach und Krach bekommt die Berufsgenossenschaft von einem großen Teil der Meister die Beiträge ein. Im Berichtsjahr mußten bei 14 054 Meistern die Beiträge zwanngsweise eingetrieben werden. Auf je 100 Betriebe entfallen 19 Zwangsbeiträge. Auch zu bestimmtem Teil ein Teil der Meister. Eine größere An- zahl hat wichtige Löhne angegeben, um an Genossenschaftsbeiträgen zu sparen. Die Berufsgenossenschaft hat eine stöhliche Kassa ver- anstaltet, um die Mitglieder zur Rechenhaftigkeit zu ziehen, die sich Lohnunterziehungen zuschulden kommen lassen. Wo es nur angeht, werden die Begehrtigkeiten der Ortskommissionen nachgegeben und auf Grund deren die Lohnnachweisungen einer Nachprüfung unterzogen. 777 Unternehmer wurden im letzten Jahr wegen falschen Angaben in Strafe genommen.

Die Jahresabrechnung der Berufsgenossenschaft bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1 905 860,43 M. Die Haupterinnahmen fließen aus den Umlagebeiträgen; demnächst wurden für Unfall- unterzöhnung 34 762,01 M. für den Rückgang 22 409,45 M. für Unfallversicherung 8555,45 M. für persönliche Verwaltung 129 573,53 M. für jährliche Verwaltung 38 052,71 M. für Ent- schädigungen an Verletzte u. s. w. 516 078,42 M.

Der besondere Bericht des technischen Aufsichtsbearbeiters enthält ganz interessante Bemerkungen, denen wir gelegentlich eine besondere Würdigung angedeihen lassen wollen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Bei- tragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 26. September der 40. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. September bis 2. Oktober 1909 fällig ist.

Bei Anträgen auf Ausschließung von Mitgliedern ist außer dem Beruf, Geburtsort und Geburtszeit stets auch die Adresse des Antragsstellers anzugeben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts geföhrt:

Der Verwaltungsrat Kornwehheim 5 g pro Woche vom 1. Ok- tober 1909 an;

der Verwaltungsrat Selb 5 g pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Ent- ziehung korporativer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Frankfurt a. M.: Der Rechtsanwalt Wilh. Böhli, geb. am 18. Dez. 1876 zu Kassel, Buch-Nr. 888888, wegen Betrag und nach § 22 Abs. 1 c des Statuts.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Frankfurt a. M.: Der ? Wilh. Bartig, geb. am 10. Nov. 1888 zu Brandenburg, Lit. A. Buch-Nr. 176829, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Osnabrück: Der Schlosser Karl Strauß, geb. am 12. Dez. 1881 zu Osnabrück, Buch-Nr. 888148, wegen betrögerischen Manipulationen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Osnabrück: Der Schlosser Kasimir Riefersmann, geb. am 14. Febr. 1881 zu Osnabrück, Buch-Nr. 781076, wegen betrögerischen Manipulationen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Stuttgart: Der Professor Rud. Kramfer, geb. am 18. Mai 1871 zu Wien, Lit. A. Buch-Nr. 879874, wegen Schädigung der Verbands-Interessen.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen: Auf Antrag der Verwaltungsräte in Mühlhausen (Thür.): Der Schlosser Arno Werner, geb. am 29. April 1889 zu Osnabrück, Buch-Nr. 12488, wegen Betrag.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Wiesbaden: Der Schlosser Karl Hauptner, geb. am 2. Febr. 1888 zu Schleifstein a. Rh., Buch-Nr. 920808, wegen unkollegialen Verhalten.

Wieder aufgenommen wird: Auf Antrag der Verwaltungsräte in Lübeck: Der Schlosser Herm. Wieß, geb. am 21. Nov. 1871 zu Rendsburg.

Öffentlich geklagt wird: Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Magdeburg. Der Schlosser Frz. Dhrstedt, geb. am 28. Juli 1882 zu Ostfingersleben, Buch-Nr. 744084, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander er- scheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Hamburg: Der Gelbgießer Willi Bolle, geb. am 9. Mai 1886 zu Magdeburg, Buch-Nr. 718809, wegen betrögerischer Manipulationen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Hannover: Der Klempner Aug. Friedr. Kern, geb. am 19. Januar 1888 zu Altona, Lit. A. Buch-Nr. 888886, wegen Schäd. d. Verbd.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Kassel: Der Hilfsarbeiter Josef Buchwitz, geb. am 1. Dezember 1886 zu Kassel, Lit. A. Buch-Nr. 488267, wegen betrögerischen Manipulationen; Buchwitz wird versucht, Reisegeld zu er- haben, die Reisegeldauszahler werden daher besonders darauf hingewiesen, auf das Buch zu achten.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Mühlheim a. Ruhr: Der Former Martin Spengler, geb. am 5. März 1878 zu Singen, Lit. A. Buch-Nr. 421600, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Stuttgart: Der Installateur Friedr. Burghardt, geb. am 23. Okt. 1881 in Rohr, Lit. A. Buch-Nr. 299838, wegen Unterschlagung.

Alle für den Verband bestimmten Geldleistungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Alde-Straße 16a zu richten; auf dem Postschliff ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Dijonierarbeitern nach Belgien, vor allem nach Brüssel;
- von Formern, Eisengießerarbeitern und Kermachern nach Barmen (Bupperthaler Eisenhütte) St.; nach Frankfurt a. D. (Fa. Gaul & Hoffmann, Jnh. Bollinger & Richter); nach Genf (Schweiz) D.; nach Gmünd (Witz & Schweizer) M.; nach Korn- wehheim (Fa. Stoh, Eisengießerei und Apparatebauanstalt) D.; nach Neuf b. Düsseldorf (Fa. Hamann & Co.) D.; nach Neu- stad a. S. (Fa. Eversbruch) M.; nach Ohligs (Stahlwerk) M.; nach Pafewall (Fa. Behrendt) D.; nach Schmiedeberg in Schl. (Fa. Starke) D.; nach Sorau i. L. (Fa. Pöhnerwerke) M.; nach Star- gard i. P. (Fa. Borchmann vorm. Wischer) M.; nach Stodum (Stahlw.) M.; nach Überlingen (Fa. Wessch, Eisengießerei und Maschinen) M.; nach Witten a. d. R. (Gußstahlwerk) D.; von Gold- und Silberarbeitern nach Stockholm (Schweden); von Goldschlägern nach Dresden D.; von Feigungsmechanikern und Rohrlegern nach Danzig;
- von Instrumentenmachern nach Stendal, L.;
- von Instrumentenmachern und Sandagisten nach Koburg D.; nach Posen (Fa. Kasprowitz) D.;
- von Reffelschmieden nach Dortmund (Fa. Brand & Sohn) M.;
- von Schmiedern (Wau-) nach Berlin D.; nach Danzig; nach Hamburg, M.; nach Passau, L.; nach Stendal, L.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Crailsheim (Schloß- fabrik) M.; nach Gmünd (Schwab.) D.; nach Göttingen (Gehr. Rühtrat, elektrotechn. Fabrik) M.; nach Kornwehheim (Firma Stoh, Eisengießerei und Apparatebau) M.; nach Kiegnitz (Fa. Subitz) M.; nach Ohligs (Stahlwerk) M.; nach Salz- wedel (Fa. E. Kleinloff, landwirtschaftl. Maschinenfabr.) M.; nach Sinsbelfingen (Firma Dierlamm, Bohrmaschinen) St.;
- nach Wien XII (Fa. Wfa-Separator, Blechwaren- und Molterei- maschinenfabrik) M.;
- nach Würzburg (Aktien-Gesellschaft für land- wirtschaftliche Maschinen vormals Gebr. Würzbaum) D.;
- von Metallarbeitern nach Liegnitz D.;
- nach Lüdenscheid (Fa. Ger- hardi & Cie., Jnh. Steinweg) M.;
- nach Sundern, Kreis Arn- berg (Fa. H. Draunberg) M.;
- von Planierern nach Lüdenscheid (Fa. Gerhardt & Cie.) M.;
- von Schlossern (Wau- und Kunst-) nach Berlin; nach Breslau St.;
- nach Hamburg, M.;
- nach Mannheim, L.;
- von Schlossern und Instrumentenmachern nach Münster i. W. (Firma Steimbrenners Messen und F. Jöhner) D.;
- von Schmieden nach Breslau St.;
- von Walzern (Drahtwalzern) nach Differdingen;
- von Zinnlegern nach Würzburg (Firma Rüdert).

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die über- haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maß- regelung; Rh.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Ein- führung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Formen.

Strasbourg i. E. In der am Mittwoch den 8. September abgehaltenen Versammlung der streikenden Blecher und Eisenarbeiter wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen, den Streik der Firma Schindler & Söhne (Wahlendammstraße) in Strasbourg-Rönigschhofen für beendet zu erklären und am Donnerstag den 9. September die Arbeit wieder aufzunehmen. Einer Kommission, die mit der Firma unterhandelte, wurde folgendes unterbreitet: „Die Firma stellt es dem Arbeiter frei, sich zu organisieren, auch darf gegen den einzelnen Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation von keiner Seite ein Druck ausgeübt werden, nur verbietet sie, im Geschäft Agitation zu betreiben. Die Untersuchung gegen den Blechmeister Engler nimmt ihren Fortgang, und wenn die Beschuldigungen, die sowohl in der Presse als auch in den Versammlungen gegen denselben erhoben worden sind, auf Wahrheit beruhen, wird derselbe entlassen. Sämtliche Mitglieder im Betrieb werden mit unillicher Beschleunigung abgestellt. Die von den Streikenden gewählte Kommission bleibt bestehen; sie hat die Aufgabe, sämtliche Beschwerden der Kollegen der Direktion vorzutragen.“ Nachdem die Kommission berichtet und den Kollegen ans Herz gelegt hatte, nunmehr fest und treu zusammenzuhalten, um gegebenenfalls, wenn die Direktion ihr Versprechen nicht hält oder wieder versuchen sollte, das Organisationsrecht streitig zu machen, erneut die Arbeit niederzulegen, wurde zur Abstimmung geschritten, wobei obiges Resultat erzielt wurde. Metallarbeiter von Strasbourg, nehmen auch dieses treue Zusammenhalten der Blecher und Eisenarbeiter zu Herzen und werden unausgesetzt neue Mitglieder für eure Organisation. Nur so wird es möglich sein, uns solche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, die man andernorts schon lange erungen hat. Als Arbeitswütige bleiben während des Ausstandes stehen: Fritz Schleifer (Rönigschhofen), Jakob Sumbinger (Rönigschhofen), Adam Meßger (Rönigschhofen), Josef Maeder (Rönigschhofen), Josef Mangold (Ostwald), Fritz Kühle (Strasbourg) und Karl Kirba (Rönigschhofen).

Gold- und Silberarbeiter.

Gmünd (Schwäb.). Seit 1906 ist in der Bijouteriebranche die 9tündige Arbeitszeit vereinbart und die zehnte Stunde muß mit 20 Prozent Zuschlag vergütet werden. Es war der Anfang einer Verbesserung, deren der Goldschmied dringend bedurfte, denn eine Statistik aus dem Jahre 1905 zeigte uns eine durchschnittliche Entlohnung unserer Berufskollegen von circa 21 M., was unter keinen Umständen als ausreichend bezeichnet werden kann. Auch ist schon oft darauf verwiesen worden, daß unsere Berufskollegen ausnahmslos zu Nebenberufen ihre Zuflucht nehmen müssen, weil selbst der sonst übliche Aufschwung unserer Industrie zu Winterzeiten den Schaden der schlechten Sommerzeiten nicht ausgleichen konnte. Dabei haben wir in Gmünd unterhältnismäßig hohe Lebensmittelpreise, und deren fortwährende Steigerung hatte gar bald die Verbesserung von 1906 aufgefressen. Schon mit Rücksicht darauf hätte inwischen eine weitere Aktion zugunsten der Arbeiter einzusetzen sollen, die aber unterblieb, weil ein großer Teil der Arbeiter sich total passiv verhielt, obwohl ihnen allen das Ertragen von 1906 zugute kam. Und nun nach 18monatigem Darniederliegen der Industrie und nach den neuesten Teuerungen, die selbst jetzt ihren Abschluß noch nicht gefunden haben, wäre es die Pflicht eines jeden Kollegen, daß er sich seiner traurigen Lage bewußt und durch den Anschluß an unseren Verband nach weiterer Verbesserung seiner Lage streben würde. Statt dessen bemerken wir einzelne Versuche, die auf die Abschaffung der Höherbezahlung der Ueberstunden hinauslaufen. So war es die Firma Haber & Staubenmüller, die ihren Arbeitern freistellte, daß sie über Zeit arbeiten könnten, wenn sie keinen Zuschlag verlangen würden. Leider hat sich auch ein Teil Unorganisirter dazu herbeigelassen. Doch der Betrieb ist nicht so umfangreich, daß ihm eine Bedeutung dahingehend zukäme. Deshalb spukte aber ähnliches bei der Firma Gebr. Schindler, so daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband zu einer Geschäftsvermittlung genötigt war, um der Sache frühzeitig entgegen zu wirken. Dabei stellte sich indes heraus, daß die Firma an dieser Sache uninteressiert war, und weitere Forschungen ergaben, daß drei Arbeiter die Nachfolger waren. Sie heißen Berger, Grimlinger und Schindler. Sie gaben zunächst an den Werkleitern bekannt, daß über Zeit gearbeitet werden könnte, wenn auf die Höherbezahlung verzichtet würde. Sie taten dabei so, als wenn sie in höherem Auftrage handelten. Als aber einige Arbeiter der Sache auf den Grund gingen, erfuhr man vom Kabinettmeister, daß die Firma selbst nicht dahin zielte, sondern daß es nur das Verlangen der drei Arbeiter sei, was sich da gezeigt habe. Von diesen drei Kollegen wollen wir uns nur mit dem Herrn Berger befassen. Derselbe ist „christlich“ organisiert und hat schon öfter dort die erste Stelle gespielt. Auf allen Wahlzetteln der Christen prangt sein Name auf erster Stelle. Auch war er einer der Hauptstörer, denen im Jahre 1906 die Erfolge nicht genigten. Er blies seit in das Horn Kaloffratsch, der damals dem Deutschen Metallarbeiter-Verband Loyalität bei den Unterhandlungen bot, selber aber die Rolle der Butter an der Sonne spielte. Berger hat aber nun den Vorzug, daß er schlecht zu fassen ist. Man hat ihn schon mehrmals auf solchen Schleichwegen angegriffen und wenn man ihn fassen wollte, war er aus seinem Verband ausgestiegen. Er ist auch dort ein unsicherer Kantonist und wir wetten zehn gegen eins, daß er auch diesmal wieder seine Mitgliedschaft preisgibt, um nicht gefaßt werden zu können. Er tut sich ja da besonders leicht, weil er nachher doch immer wieder freundschaftliche Aufnahme findet. Wenn nun durch solche gewissenlose Manipulationen die Gefahr heraufbeschworen werden kann, daß man das in Jahre 1906 Ertrugene wieder preisgeben muß, so ist es doppelt Pflicht sämtlicher Kollegen, gegen jede Verschlechterung energisch Front zu machen. Wir haben eingangs den Nachweis gebracht, daß wir durch unsere Lage zu weiteren Verbesserungen gedrängt werden; in diesem Sinne muß das Gros der Kollegen wirken und nur im Anschluß der noch fernstehenden Arbeiter an den Deutschen Metallarbeiter-Verband können Verschlechterungen vermieden und Verbesserungen garantiert werden. Einzelfallen sei aber das Gros der Kollegen vor diesen drei „Kuchl-Kollegen“ gewarnt und dem „christlichen“ Metallarbeiter-Verband zu seinem waderen Mitglied Berger gratuliert.

Metallarbeiter.

Malen. In den Kaltwerken herrschen Zustände, die zu einer Kritik herausfordern. Reduzierungen der Löhne bis zu 50 Prozent gehören dort nicht zu den Seltenheiten. Heinrich Keger und seine Söhne verstehen so ihr Geschäft vorzüglich. Man sollte meinen, daß ein Fabrikant, der vor nicht so langer Zeit selber noch am Schraubstock stand, für die Wünsche seiner Arbeiter etwas zugänglicher wäre, als dies der Fall ist. Auf eine feine Art versteht es der Werkführer Schmid, dem einen Arbeiter den Lohn zu drücken und dem andern mehr auszahlen zu lassen, als er in Wirklichkeit verdient hat. Gewisse Elemente stehen in besonderer Gunst bei ihm. Warum wohl? Welche besonderen Gründe das hat, darüber sind wir genau informiert. Für Kesseltreiniger erhalten die betreffenden Arbeiter i. M. Zuschlag, der aber nicht in der Lohnliste geführt wird, sondern Schmid muß diese Part direkt ausbezahlen. Nun ist es schon vorgerkommen, daß die Part nicht jeden ansbezahlt wurde, sondern daß dafür Stunden verzeichnet werden mußten. Schmid treibt auch einen schwindelhaften Handel mit Hibern, Wäse und Werkzeugen. Wer seinen Bedarf nicht bei ihm deckt, hat es zu büßen. Auch einen Arbeitsnachweis soll Schmid besitzen und schon verschiedene Schmelze für einen Schmelzmeister in Schwab. Gmünd aus den Kaltwerken zu veranlassen versucht haben. Ferner werden ihm Befähigungen der Arbeiterinnen nachgesagt; deswegen verlagte er kürzlich einen ausstehenden Schloffer wegen Beleidigung, zog aber drei Tage vor der Hauptverhandlung seinen Strafantrag ohne Vergleich zurück. Was war denn da aus-

Stuttgart. Ein gewisser H. tritt Verfassungsmäßig unter den Arbeitern. Wir wissen nun, dieses (andere) Handout aufzugeben, denn der größte Schatz im Land ist der Demagoge. Das Strafsystem in diesem Bereich ist besser ausgebildet als irgendwo. Daraus, die aus Unachtsamkeit einen Olybakter ruinieren, werden 3,50 M. abgezogen. Für Sünde, die einen kleinen Fehler aufweisen, wird der Former bestraft (oft bis zu 50 Pfennig) und das Sünd wird demnach verwendet. Ein Sünd geht dem Former ganz abgezogen, jedoch nicht aus der Schlofferlei entfernt, nach der Wochen wurde es dem Former noch einmal abgezogen. Gelehrte Former kommen in 14 Tagen nicht auf 40 M., einige gehen sogar nur mit 28 M. nach Hause. Es wäre Aufgabe der Gewerbeinspektion, einmal nachzugehen, wo eigentlich die Strafgebühren hinfließen. Die Behandlung der Arbeiter durch Kieger und seine Söhne wie durch den Reisser läßt sehr viel zu wünschen übrig. Karl Kieger, der wegen eines Sturzes vom Dampfessel an einem Arbeitsstod geht, verwendet diesen „Reisser“ als Juchtrute für jugendliche und auch für ältere Arbeiter. Es hat dann den Anschein, als ob K. Kieger den Stod nur zu diesem Zweck herumschleppe. Die Verhüllungsstücke steht auch in holländischer Wille. Die Ausbildung dieser armen Geschöpfe kann aber keine sachgemäße sein, da auf einen gelehrten Arbeiter mindestens 5 Lehrlinge kommen. Gelegentlich einer Unterhandlung, die Kollege Lauterbach mit Heinrich Kieger hatte, meinte dieser, er brauche keine gelehrten Arbeiter, ihm genügen Bauern. Karl Kieger bringt es sogar fertig, die Lehrlinge als katholische Klumpen zu titulieren. Mit den familiären Eintritten steht es ebenfalls sehr traurig aus. Für beide Werke ist nur ein Verhandlungsstand vorhanden und in diesem fehlen oft die Verhandlungsmittel. Die Schutzvorrichtungen entsprechen nicht den Vorschriften. Es sind 5 Bohrmaschinen im Betriebe, die automatische Ausladungsvorrichtung besitzen; diese können jedoch nur erreicht werden, wenn der die Maschine bedienende Arbeiter sich auf den Tisch der Bohrmaschine stellt. Hat nun der Arbeiter einmal das Pech, von einem Fräskopf erfaßt zu werden, was schon öfter vorkam, und sein Nebenkollege steht es nicht gleich, so kann das größte Unglück geschehen. Ein jugendlicher Arbeiter, der an einer Bohrmaschine beschäftigt war, mußte sich auf eine Kiste stellen, um die Maschine auszuladen zu können. Er wurde von einer vorstehenden Schraube erfaßt, durch den Ständer der Maschine gezogen, so daß ihm die Kiefer vom Körper geschnitten werden mußten, damit er wieder loskam. Anstatt diesen Menschen in seine Wohnung zu bringen, ließ man ihn allein gehen. Er war noch nicht 500 Meter von der Fabrik entfernt, als er schon bewußtlos zusammenbrach und volle zwei Stunden an der Stelle liegen blieb, bis ihn ein des Weges kommender Jagdwagen aus Mitleid aufnahm und in seine zwei Stunden entfernte Wohnung brachte. Die Firma aber hat 7 Pferde im Stalle stehen! Der junge Mensch war noch keine 14 Jahre alt und wurde dennoch den ganzen Tag beschäftigt. Die Ventilationseinrichtungen sind nur marfakt, die Rohre stecken so voll Staub und Schmutz, daß kein Luftzug hindurch kann. Den dort beschäftigten Kollegen rufen wir aber zu: Schließt euch eurer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, nur dann können diese Zustände beseitigt werden. Ihr werdet dann als Menschen und nicht mehr als ein auszubehender Gegenstand behandelt werden.

Göttingen. Bei der Firma Spindler & Söhne werden hauptsächlich Instrumente für Erdbebenmessungen und physikalische Versuche produziert. Die Firma sucht in der Zentralzeitung für Optik und Mechanik öfter tüchtige Gesellen für dauernde Stellung bei hohem Lohn. Wie die tatsächlichen Verhältnisse in dem Betrieb sind, wollen wir hier illustrieren. Bei neunstündiger Arbeitszeit erhalten die Gesellen, die die Ehre hatten, bei der Firma vier Jahre ohne jede Vergütung zu lernen, nach beendeter Lehrzeit einen Lohn von 15 M. die Woche. Dabei ist zwar zu bemerken, daß diese Gesellen während ihrer Lehre zeitweise in Accord mit Arbeiten beschäftigt werden, wofür durchschnittlich 1,50 bis 3 M. bezahlt wird. Bei früherer Fertigstellung der Arbeit wird es der Accordbetriebe vorzuziehen, erhalten diese Lehrlinge eine Extravergeltung von 10 S. für jeden Tag, bei späterer Abfertigung jedoch werden von der gewaltigen Accordsumme 25 bis 30 S. für jeden Tag in Abzug gebracht. Was da am Schluß gewöhnlich übrig ist, kann sich wohl jeder ungefähr ausrechnen. Die zureichenden jungen Kollegen erhalten einen Lohn von 18 bis 20 M. die Woche und dann selbstverständlich auch Accord, der aber meist so miserabel ausfällt, daß damit weniger als der Tagelohn verdient wird. Es ist schon dargelegt, daß dann den Kollegen der Betrag ihrer Unterbilanz noch in Abzug gebracht wurde. Dies und die recht schnobdrige Behandlung durch den Werkführer Schlotte sind daran schuld, daß die Kollegen dem Betrieb schon nach nur oft sehr kurzer Zeit den Rücken kehren. Es wäre richtig, wenn die dortigen Kollegen die Beschwerden über das Verhalten des Werkführers zur Kenntnis der Firma brächten und auf Abhilfe drängen würden, als immer mit der Faust in der Tasche aus der Werkstatt zu gehen. Sollen Verbesserungen erzielt werden, dann muß auch jeder einzelne seine Pflicht und Schuldbiligkeit tun. Vor allem ist es notwendig, daß die Göttinger Kollegen dies beherzigen, ihren absolut unangebrachten Standesbündel endlich einmal ablegen und sich mehr um ihre wirtschaftliche Lage kümmern. Zum Schluß möchten wir noch den uns fernstehenden Kollegen zurufen: Denkt etwas mehr an eure materielle Lage, helft mit, durch festen Zusammenschluß die in unserem Gewerbe zum Teil noch traurigen Verhältnisse zu beseitigen, schließt euch unseren Reihen an, tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Jena. (Zur Generalversammlung.) In drei Versammlungen haben die Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich mit den Beschlüssen der diesjährigen Generalversammlung beschäftigt. Namentlich die Beschlüsse über die Reifezeit, sowie überhaupt deren Behandlung auf derselben waren es, welche die Gesellen wackelten. Da in der ersten Versammlung, in welcher Kollege Schiller (Erfurt) Bericht über die Generalversammlung erstattete, die Tätigkeit des Hauptvorstandes einer ziemlich scharfen Kritik unterzogen wurde, machte sich die Abhaltung einer zweiten Versammlung notwendig, zu welcher eine Einladung an den Hauptvorstand ergangen war, um sich gegen die Angriffe, namentlich der Kollegen Leber und Sillert, zu rechtfertigen oder eventuell ihre Galtlosigkeit darzulegen. Nachdem zwischen der Ortsverwaltung und dem Hauptvorstand einige Schriftsätze bezüglich dieser Angelegenheit gewechselt waren, zog dieser es vor, dem Wunsch der Jenaer Kollegen nicht entgegenzukommen, und überließ die Verteidigung dem Gauleiter, Kollegen Wolf-Galle. Kollege Wolf-Galle stellte sich jedoch die Sache ziemlich leicht vor, indem er ganz einfach die Ausführungen des Kollegen Schiller als dem wahren Sachverhalt wenig entsprechend hinstellte. Er fand aber in dieser Versammlung wenig Zustimmung, und da Kollege Wolf-Galle von der Reifezeit sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht hatte, jedenfalls um die Annahme der Resolution Leber zu verhindern, die in der ersten Versammlung eingebracht worden war, wurde auch die zweite Versammlung vertagt, und um billige Marfakt zu schaffen, die Ortsverwaltung beauftragt, nach dem Erscheinen des Protokolls über die Verhandlungen der Generalversammlung eine dritte Versammlung einzuberufen und zu dieser den Kollegen Schiller einzuladen. Leber konnte genannter Kollege in dieser Versammlung nicht antworten, da er längere Zeit auf Montage beschäftigt ist, dafür entspann sich jedoch ein lebhaftes Rencontre zwischen den Kollegen Wolf und Leber. Auch andere Diskussionsredner kritisierten in scharfer Weise die jetzige Haltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie die Art und Weise der Verichterstattung der Metallarbeiter-Zeitung. Endlich fand noch ein Antrag Annahme, wonach die Ortsverwaltung beauftragt wurde, noch einmal an die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung die Aufforderung zu richten, den anonymen Verichterstatte (Zuruf: aus der dritten Dimension) zu nennen, welcher die Redaktion mit entstellten Tatsachen bedient und welchen zu nennen die Redaktion unbegreiflicherweise sich weigert, obwohl der betreffende Bericht auch nicht die Zustimmung der Ortsverwaltung findet. Nachdem Kollege Leber nochmals betont hatte, seine Kritik über die Haltung des Hauptvorstandes nach wie vor aufrecht zu erhalten, fand die Resolution, die in der ersten Ver-

sammlung eingebracht hatte, in etwas veränderter Form mit einem gegen 12 Stimmen, darunter die sämtlichen anwesenden Mitglieder des Vorstandes der Ortsverwaltung, ihre Zustimmung. Die Resolution lautet: „Nachdem sich drei Versammlungen mit den Beschlüssen der Hamburger Generalversammlung befassen haben, erließ die heutige Versammlung: Obgleich die Generalversammlung die höchste Instanz des Verbandes ist, können die Versammlungen die dort über den 1. Mai gefassten Beschlüsse keineswegs anerkennen. Die Versammlungen geloben, nach wie vor innerhalb der Organisation die Arbeitstrübe am 1. Mai als selbständige Grundbesetzung des internationalen Proletariats zu propagieren und nach besten Kräften durchzuführen. Ebenso beruht die heutige Versammlung die vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herbeigeführte Verichterstattung über die Beschlüsse und Diskussion der Generalversammlung.“ Wenn auch einige ängstliche Gemüter der Meinung sind, daß solche Versammlungen der Bewegung mehr Schaden als Nutzen, so glauben wir doch nicht fehlzugehen in der Annahme, daß nicht die Versammlungen unsere Bewegung schädigen, sondern die Ursachen, die solche unfruchtbareren Versammlungen zur Folge haben. Die fortwährenden Kassendrucke beseitigt man nicht durch schuldige Ursachen, im Gegenteil, man stellt ihnen Vorwurf, sondern nur durch eine ungeschminkte Kritik, unbestimmt darum, ob dieser oder jener in seinen, nicht immer heiligsten Gefühlen verletzt wird. (Wie könnten wir diesem Bericht sehr viel sagen, unterlassen es aber, näher darauf einzugehen, weil wir sonst zu viel Raum in Anspruch nehmen müßten. Deshalb nur zwei Bemerkungen: Es würde für die Leser der M.Z., jedenfalls auch von Interesse gewesen sein, wenn sie nicht nur von den 13 Stimmen, die gegen die Leberische Resolution abgegeben worden sind, erfahren hätten, sondern auch wie zahlreich die Versammlung besucht gewesen ist, wieviel Besucher bei der Abstimmung noch anwesend waren und wieviel davon sich der Abstimmung enthalten haben. In der Rolle der Kassandra befinden sich nicht die „ängstlichen Gemüter“, sondern die, die gegen die Reifezeitresolution ihre „Donnerstöße“ geschleudert haben. Red.)

Knechtlingen. Dem Verichterstattungsrat des Rottlinger Gültenervereins „Aumes-Prelebe“ unterbreiten wir nachstehendes Material zur gefälligen Bearbeitung. Am Mittwoch den 8. September, abends gleich nach Schichtbeginn, kam der „berühmte“ Walzmeister K. A. Lember zu einem Walzer mit der Drohung: alles Eisen, das sich insolge verschiedener Eigenschaften im Verlauf des weiteren Walzprozesses nicht gut anstellen ließ, müsse er (der Walzer) bezogeln. Darauf konnte sich der Walzer, da die Ursachen, besonders die schlechte Ansetzbarkeit, außerhalb seines Verschuldens lagen, natürlich nicht einlassen. Das gab dem allezeit hochbereiteten Kallemer Unlust, den Arbeiter vor die Brust zu stoßen. Gegen die weiteren Griffe nach seinem Halbe setzte sich jedoch der als Hauptobjekt Ausersehene energisch zur Wehr, so daß die schönsten Metallstücke im Gange war. Schnell eilte nun ein Walzmeister dem Herrn Hauptwalzmeister Kallemer zu Hilfe und im Nu lag der für Kallemerische Hangelstücke Verstandnislose auf einem Haufen noch heißen Schrotts. Außer einer Brandwunde in der Seite trug der Arbeiter noch eine schwere Stirnverletzung davon, die vernäht werden mußte. Nach Angabe des Walzers rührt diese Verletzung daher, daß er, auf dem heißen Schrott liegend, von dem Kallemer mit einer schweren Zange bearbeitet wurde. Ob der Hauptwalzmeister nicht einmal durch seine Hangelstücke üble, recht böse Erfahrungen machen wird? Die Hangelstücke, ob gegen jugendliche oder ältere Arbeiter, zeugt mindestens von einem ziemlichen Wank an Bildung. Aber vielleicht sind Leute dieses Schlages gerade nach dem Herzen von „Aumes-Prelebe“! Wenn nicht, wie denkt dann die Verleumdung dem Herrn Kallemer die Gaumane auszutreiben? Vielleicht durch eine „Berichtigung“?

Neckarsulm. Traurige Zustände herrschen in den Neckarsulmer Fahrabwerken. Der Werkführer Pfeiffer ist ein Antreiber schleimster Sorte, indem er beim Accordsetzen sich mit der Uhr vor den Arbeiter hinstellt und ihm dann die Zeit für das Stück Arbeit auf eine halbe Minute ausrechnet. Wenn sich der Arbeiter wehrt und darauf aufmerksam macht, daß man doch auch sein Werkzeug schleifen und wieder in Ordnung bringen müsse, antwortet Pfeiffer mit Grobheiten oder aber: „Wenn Sie es so nicht machen wollen, so macht's ein anderer.“ Er bringt es auch fertig, einem Arbeiter für ein Stück 40 S. anzusehen, ist dieser nicht damit einverstanden, gibt er die Arbeit einem anderen und legt 60 S. dafür an. Ein Arbeiter machte einen Artikel, der im Accordpreis auf 24 S. gekommen wäre. Der Wertmeister schrieb auf den Accordzettel: „Wiel zu teuer“, gab die Arbeit einem anderen und bezahlte ihm 28 S. Warum geht's bei dem? Bei einem Artikel nannte er 7 S. als Preis, als ihn ein Arbeiter fragte, was er dafür bezahle. Er kam wieder mit der Uhr, stellte sich vor den Arbeiter hin und setzte dann nur 6 S. an, hätte aber der Arbeiter den Artikel so gemacht, wie es der weise Werkführer angab, so wäre das Stück auf mindestens 8 bis 9 S. gekommen. Auf die Tagelöhner, die er an Schicht-Dressbänden mit 30 bis 32 S. Stundenlohn beschäftigt, hat er es hauptsächlich abgesehen. Diese müssen für dieselben horrenden Stundenlohn genau so nach Zeitrechnung arbeiten wie ein Dreher, die Accord werden nach ihrem Tagelohn angefaßt. Begeht einer dieser Arbeiter einmal das Verbrechen, nach seiner Ueberzeugung bereitwilliger zu arbeiten, so schreibt der Herr Pfeiffer: „So wie ich es sage, wird gearbeitet, wenn's gleich nichts ist, und nicht wie Sie wollen.“ Manchmal kommt ihm auch der Gedanke, einem Arbeiter zu zeigen, wie man arbeiten müsse. Hat er dann dabei ein Stück Werkzeug zusammengefallen, so sagt er: „Gehen muß es und wenn alles verreckt.“ Dann macht er sich aus dem Staube. Die Arbeitseinteilung ist auch eine sehr mangelhafte. Kommt es doch oft vor, daß man, wenn man in Accord arbeitet, Stundenlang herumstehen muß, bis man Arbeit bekommt und dann schließlich nur 5 bis 10 Stück à 30 S. Was dabei verdient wird, kann man sich denken, zumal wenn der Accordpreis mit der Uhr in der Hand angefaßt wird. Manchmal laum 30 S. in der Stunde. Die Schuld an diesen Zuständen tragen aber die Arbeiter selbst. Deshalb sollten sie sich samt und sonders dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, anstatt hinterher zu jammern; dann könnte man dem Herrn Pfeiffer halb beibringen, daß es so nicht weitergehen darf.

Pegnitz. Da die Direction der Pegnitzhütte den größten Teil der Forderungen bewilligt hat, ist die Sperre über den Betrieb aufgehoben worden.

Pforzheim. Die Pforzheimer Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes sandte uns zu der Korrespondenz in Nr. 38 folgende „Berichtigung“: 1) Es ist unrichtig, daß in einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Pforzheim des christlichen Metallarbeiter-Verbandes ein Teil der Mitglieder mit der Kampfesweise der Ortsverwaltung nicht einverstanden war. 2) Unrichtig ist, daß der Vorsitzende die Erklärung abgab: Die Kosten für Setzungsinserte trage der Hauptvorstand. 3) Unrichtig ist, daß über einen Antrag abgestimmt wurde, der sich gegen die Taktik der Ortsverwaltung aussprach und mit 26 gegen 16 Stimmen (oder 21 gegen 18) abgelehnt wurde, worauf 4 Mitglieder den Austritt erklärt hätten. 4) Unrichtig ist auch, daß der betreffende Kollege, der die Anfrage stellte, wer die Inserte bezahle, ausgelesen ist. Wahrscheinlich ist, daß ein Kollege die Anfrage stellte, wie es sich mit der Kostendeckung verhalte, worauf der Vorsitzende die entsprechende Erklärung abgab. Damit gab sich der Kollege zufrieden; derselbe ist nach wie vor Mitglied und hat auch nie seinen Austritt erklärt. Wahrscheinlich ist, daß in betreffender Versammlung gar keine Abstimmung vorgenommen und auch kein Antrag vorgetragen hat, was jederzeit durch die Versammlungsbesucher bestätigt wird. (Unser Korrespondent wird darauf wohl antworten und die werden dann erfahren, ob sich diese „Berichtigung“ zur Wahrheit ebenso verhält wie die von den Pforzheimern „christlichen“ Führern über den Deutschen Metallarbeiter-Verband verbreiteten Behauptungen. Red.)

Stadelfingen bei Stuttgart. Raum ein halbes Jahr ist in der Bohrmaschinenfabrik Dielmann der Reisser Stiller in Funktion und schon hat er es so weit gebracht, daß wir jetzt ge-

lassen die Kündigung einreichen mußten. Schon bei seiner Kündigung wurden die Kollegen seines früheren Wirkungsgebietes über ihn gewarnt. Vergeblich versuchte der Herr, die Arbeiterpreise zu senken, behandelte und, daß es nicht mehr zum Durchhalten und um solche dazulie, Unzufriedenheit so halb wie möglich aus dem Betrieb zu entfernen. Die Kündigungsunterstützung konnte er nicht erhalten, sein Kündigungsbezug wurde nicht festgesetzt. Am 13. September haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Einbehalten ist also streng zu meiden, da die Firma sich mit dem Gedanken trägt, Unorganisierte einzustellen.

Monteurs. Die in letzter Nummer gemeldete Bewegung der Selbstausschaltung konnte mit dem Abschluß des nachfolgenden Vertrages beendet werden: A) **Arbeitszeit:** Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 8 1/2 Stunden; sie beginnt nicht vor 7 1/2 Uhr und endet nicht nach 6 Uhr; sie wird unterbrochen durch eine 1/2 stündige Mittagspause und eine 1/4 stündige Mittagspause. Im Winter kann die Arbeitszeit reduziert und so eingestellt werden, daß die Mittagspause 1 Stunde beträgt. Samstag tritt Schluß der Arbeit um 5 Uhr ein und kann auf Bauten im Stadtgebiet die Arbeit so rechtzeitig beendet werden, daß die Lohnzahlung um 1/2 Uhr in der Werkstatt beendet ist. Überzeitarbeit ist möglichst zu vermeiden; wird sie in dringenden Fällen von der Firma verlangt, so wird jedem Arbeiter für die ersten drei Überstunden ein Zuschlag von 25 Prozent und für Nacht- und Sonntagarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen ein solcher von 50 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn gewährt. Als Nacharbeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens. B) **Arbeitslohn:** Der Stundenlohn beträgt nach vierwöchentlicher Beschäftigung für Monteur nicht unter 60 bis 65 S., für Hilfsmonteur nicht unter 45 bis 55 S., für Helfer nicht unter 40 S. Als Monteur gilt, wer selbstständig Bauanlagen montiert hat und dies durch Bescheinigung seines derzeitigen Arbeitgebers nachweist. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich Samstags. Bei Überarbeiten wird der Stundenlohn, einschließlich Bauzulage, Zuschläge für Nacht-, Nacht- und Sonntagarbeit garantiert, wenn ohne Verschulden des Monteurs der Stundenlohn nicht erreicht wird. Jahrgeld, Stundenlohn und Zuschläge für Überzeitarbeit werden unabhängig vom Aufwand jede Woche ausbezahlt. Wartezeit ist bei Überarbeit im Lohn zu vergüten. Ergänzenbe, zu bestehendem jedoch nicht im Widerspruch stehende Bestimmungen über Überarbeit enthält der mit jedem Monteur abzuschließende Arbeitsvertrag. C) **Montagezulage:** Bei Arbeiten innerhalb der Stadt Stuttgart wird für die verarbeitete, in Stuttgart wohnhafte Monteur 20 S. Straßenbahnfahrgehalt vergütet, sofern ohne deren Bewilligung die Einnahme des Mittagessens in der Wohnung nicht möglich ist. Für Arbeiten in der Vorort- und Vorort-, Wangen und Deutelsloh, ferner auf Bauten, die über 4 Kilometer von der Werkstätte entfernt sind, wird eine Bauzulage von 10 S. pro Stunde vergütet. Die Arbeitszeit ist dann voll einzuhalten. Bei Arbeiten außerhalb der Stadt Stuttgart beträgt die Zulage für Monteur ohne Nebenarbeiten 2 S., mit Nebenarbeiten 3 S. pro Tag. Helfer und Hilfsmonteur, die als Helfer unter einem Monteur arbeiten, erhalten die Hälfte dieser Zulagen. Ist an Sonn- und Feiertagen die Heimreise nicht möglich, wird für diese Tage die Zulage ebenfalls bezahlt. An besonders teuren Orten wird eine höhere Zulage gegenfeitig vereinbart. Vor den drei höchsten Feiertagen ist die Heim- und Rückreise zu garantieren, daß die Ankunft am Orte der Fabrik nach Möglichkeit dem Schluß der Arbeitszeit entspricht. Das Jahrgeld und die Jahrgeld werden dabei von der Firma vergütet. Landzulage fällt an diesen Tagen fort. D) **Allgemeines:** Die gesetzlichen Arbeitergesetzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten, besonders ist für ausreichende Vorrichtungen, genügende Heizung und Ventilation in der Werkstatt, Verbandszugehörigkeit und Sicherheitsvorrichtungen Sorge zu tragen. Der Arbeitsraum im Haus soll möglichst zugfrei und behagbar sein. In Gefährten, wo gefährlichere Bedingungen als die hierdurch vereinbarten bestehen, müssen solche bestehen. Entfallen durch vorstehende Vertragsbestimmungen Streitigkeiten, so sind diese einer aus je 3 Vertretern der vertragsschließenden Parteien bestehenden Schlichtungskommission unter einem unparteiischen Vorsitzenden oder dem Gewerkschaftsamt Stuttgart zur Schlichtung zu unterbreiten. Vorstehender Vertrag ist gültig vom Tage des Abschlusses bis zum 15. September 1911. Wird der Vertrag nicht zwei Monate vor Ablauf von einer der vertragsschließenden Parteien gekündigt, so hat er je ein weiteres Jahr Gültigkeit. — Diesen Vertrag haben nur zwei Firmen, die dem Verband der Metallindustriellen Mittelwürttembergs angehören, nicht unterzeichnet. Dieser Verband verlangt, wir sollten die **Wiederherstellung** aus dem Vertrag freizugehen. Da die Wiederherstellung der Vertragsbestimmungen dem Vertrag zukunfts, ist absolut nicht einzuweichen, weshalb den Mitgliedern des Metallindustriellen Verbandes eine Annahme gefordert werden soll. Deshalb werden die betreffenden Kollegen die Arbeit niederlegen müssen. Weidie also zunächst jeder Heizungsmeister noch Stuttgart; auf alle Fälle ist vorher bei der Ortsverwaltung anzufragen, damit nicht bei einer geplanten Firma Arbeit angenommen wird.

Thorn. Daß die Metallarbeiter in den Gefilden der ostpreussischen Provinz nicht auf Rosen gebettet sind, dürfte wohl allen, die unsere Zeitung verfolgen, bekannt sein. Dennoch kommt es vor, daß hier und da sich ein Kollege in diese Regionen verirrt, um zu prüfen, ob es denn gar so schlimm ist, wie vielfach geschrieben wird. Kopf und Logis werden da nach alter patriarchalischer Art vom Meister gegeben. Mit bewundernswürdiger Schnelligkeit hat der heimische Geselle seine Felle unter der Kutte seines „Brotverdiener“. Als eine Karotte betrachtet man es — und das mit Recht — wenn ein Geselle aus dem Sächseland dort schaffet. So kam aus bejahter Gegend ein Schloffer nach dem Orte Angewan bei Thorn nach einem — selbstverdienlichen Arbeit. Da er längerer Zeit ohne Arbeit war, erkrankte er sich nicht nach dem Lohn. Eine regelmäßige, zuverlässige Arbeit und ein paar Überstunden waren seinem. Am Wochenlohn gab es ganze 8 S. Lohn für 6 Arbeitstage à 14 Stunden. Das war nach Ansicht des Meisters ein hoher Verdienst. Einheimische bekommen nur 5 S. Der Meister konnte es nicht verstehen, warum der Geselle eine so gute und lohnende Arbeit verlassen wollte. Ohne seine Selbstbestätigung zu erhalten, verließ der Kollege aber die goldene Stille. Von dem Meister aus jähres er war keine Invalide, er schied diese auch in einem großen Maße, den der Meister noch mit allen Leistungen behauptet hatte, anstandslos zugewandt, damit auch ein Einheimischer folgenden Verdienst: „Sie sind ein großer Bursche, der andere Gesellen auch beneiden. hätte ich das früher gewußt, hätte ich Sie sofort eingestellt. Sie werden viel Geld verdienen, wenn Sie kommen. Es kommt noch dazu, daß Sie ein tüchtiger Arbeiter sind.“ — Nach diesem Herzenserguß wachte der Kollege, daß er in eine Gegend gehen war, in der es keine Seide zu finden gibt. Schlußwort: Verließ er diese Gegend, an Ertragungen teilte.

Wittenberg. Der Direktor der Königlich-Preussischen Eisenwerke in Wittenberg ist am 31. Juli dieses Jahres von der hiesigen Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes folgende Eingabe zugegangen, mit der höchsten Bitte, sich dazu zu äußern: „Der Arbeiter des Stahl- und Eiswerks der Königlich-Preussischen Eisenwerke hat schon seit längerer Zeit den Wunsch, daß sie durch das auf dem Weltbekannte Lohnsystem bei der Lohnberechnung überaus ungünstig werden. Der Wunsch und das Wissen der Arbeiter wird dadurch gestärkt, daß die Betriebsleitung sich weigert, von den meisten Lohnsystemen abzusehen, das Gehalt der täglichen Produktion, nach welchem der Lohn berechnet wird, bekannt zu geben. Dadurch ist einer Verbesserung der Lohnberechnung von Seiten der Arbeiter jede Grundlage entzogen. Es kommt noch dazu, daß seit Einführung des jetzigen Lohnsystems die Produktion in den verschiedenen Abteilungen des Werks ganz bedeutend gehindert wurde, während der Gehaltslohn nur unbedeutend gestiegen ist. Besonders ungünstig tritt dies im Winter zu Tage. In dieser Hinsicht ist in den einzelnen Abteilungen die Produktion in den letzten Jahren um 20 bis 30 Prozent gehindert worden bei gleicher Beschäftigung. Folglich hätte auch der Lohn der Arbeiter eine gleiche Steigerung erfahren müssen. Doch das ist nicht der Fall. Durch diese Lohnsysteme allein ist schon das

Wohlwollen der Arbeiter gerechtfertigt. Nun haben einige Arbeitgeber der Lohnberechnung ein überaus schlechtes Resultat ergeben, und wird durch dieses Resultat der Wunsch der Arbeiter bestätigt, daß der Lohn nicht nach der Produktion berechnet, sondern willkürlich festgesetzt wird. Als der Beweis für diese Behauptung. 1. Die erste Aufgabe einer Wagenstraße 1-8 hat im Monat Juni in 28 Schichten produziert: 605,9 Tonnen Kiesel à 9,55 S. = 1424 S., 807 Tonnen 1. Kategorie à 3,88 S. = 1124 S., 865 Tonnen 2. Kategorie à 4,80 S. = 1704 S., insgesamt verdient 4252 S. Aufgeschlüsselt wurden aber nur 2882 S., demnach 870 S. weniger. 2. Aufgabe 2, Straße 6, hat produziert: Kategorie 1: 108,000 Tonnen à 5,04 S. = 542,90 S., Kategorie 2: 12,1 Tonnen à 6,90 S. = 83,59 S., Kategorie 3: 42,79 Tonnen à 19,80 S. = 846,31 S., Kategorie 4: 14,00 Tonnen à 6,90 S. = 96,60 S., Kategorie 5: 1,489 Tonnen à 3,78 S. = 12,96 S., insgesamt verdient: 1707 S. Aufgeschlüsselt wurden aber nur 1621 S., mithin 86 S. weniger, als verdient. Beschwerden derselben Art erheben auch die Arbeiter des Stahlwerks. Auch in dieser Betriebsabteilung werden willkürliche Abzüge am verdienten Lohn vorgenommen. Die Produktion wird nach unten auf volle 100 Tausend abgerundet, wodurch die Arbeiter nicht unerheblich geschädigt werden. Eine besondere Härte besteht darin, daß die Wägen, die im Maßwerk Ausschlag gemacht, auch den Arbeitern des Stahlwerks abgezogen werden. Wir sind überzeugt, daß die Direktion von diesen Vorgängen nicht unterrichtet ist, und daß es infolge dessen nur dieser Unregelmäßigkeit, um den Wunsch der Arbeiter, daß diese Unbilligkeiten möglichst bald abgestellt werden möchten, erfüllt zu sehen. Dies erwarten wir um so mehr, weil die Arbeiter durch die Lohnverhältnisse und die kürzlich vorgenommenen Lohnkürzungen ohnehin schon ganz bedeutend in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt werden. Um nun für die Zukunft solchen unbilligen Vorkommnissen vorzubeugen, erlauben wir uns, der geehrten Direktion folgende Vorschläge zu machen: 1. das Gehalt der Produktion wird den Arbeitern täglich bekannt gegeben; 2. Ausschlag, der infolge von schlechtem Material entsteht, wird den Arbeitern bezahlt; 3. Reparaturen werden nicht mehr vom allgemeinen Afford, sondern, wie früher, vom Wert bezahlt; 4. der Lohnbetrag für die Produktion muß voll ausgezahlt werden, und zwar so, daß die Lohnsumme einer Schicht an die in dieser Schicht beschäftigten Arbeiter unter Berücksichtigung ihrer Anteilssummen verteilt wird. Allgemein wird von den Arbeitern noch gewünscht, daß der Lohn den Nachmittagsarbeitern nicht abends vor der Schicht von 5 bis 6 Uhr, sondern früh am Ende der Schicht ausgezahlt wird. Zu den obigen Vorschlägen gestatten wir uns noch anzufügen: Zu 1. befehlt es einer besonderen Begründung wohl nicht, denn die Bezahlung von Affordlohn auf Treu und Glauben ohne die Möglichkeit der Nachprüfung durch die Arbeiter ist wohl nicht einwandfrei. Das Ansehen der Güterverwaltung erfordert schon die Bezahlung dieses Affordlohn. Zu 2 und 3: Die Nichtbezahlung des Ausschlags, zumal wenn die Arbeiter eine Schuld nicht trifft, sowie die Bezahlung der Reparaturen vom allgemeinen Affordlohn bedeutet eine indirekte Abwälzung eines Teiles der Betriebskosten auf die Arbeiter. Eine Geselligkeit, die in anderen Betrieben nicht gelbt wird und auch früher in der Marienhütte nicht in Anwendung war. Die Betriebskosten sind ein Teil des Risikos, das in allen Fällen der Unternehmer zu tragen hat. Zu 4: Wenn in einigen Betriebsabteilungen oder Wagenstraßen Arbeiter transferieren, so müssen die übrigen Arbeiter die Arbeit für die fehlenden ausfüllen. Den Lohn dafür erhalten sie aber nicht, der verbleibt zugunsten der Güte. Wird ein Arbeiter aber von einer Betriebsabteilung, weil da überflüssig, in eine andere Betriebsabteilung geschickt, so wird der Lohn für diesen Arbeiter vom allgemeinen Afford abgezogen, auch dann, wenn die betreffende Abteilung mit Arbeitern voll besetzt war. Um den Lohnsatz dieses Arbeiters sind natürlich die Arbeiter der Abteilung geschädigt. Wir bitten die verehrte Direktion höflichst, die gemachten Vorschläge einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen und uns, wenn einiges noch nicht genügend klar sein sollte, dies gefälligst mitzuteilen. Wir sind gern bereit, weiteren Aufschluß zu geben, auch mündlich, wenn es gewünscht wird. — Diese Eingabe und eine nachmalige Anfrage an die Direktion, wie sie sich zu den in der Eingabe angeführten Umständen auf dem Werk stellt, haben wir in Nr. 200 des Sächsischen Volksblattes in Zwickau veröffentlicht. Auch auf die zweite (öffentliche) Anfrage hat die Direktion nicht geantwortet. In dieser Eingabe wird nun der Hüttenmeister nachgewiesen, daß die Arbeiter des Stahl- und Stahlwerks ihren verdienten Lohn nicht voll ausgezahlt erhalten. Die Direktion wurde zweimal ersucht, sich zu dieser Beschuldigung zu äußern. Sie hat es nicht getan. Sie ist auch auf die Vorschläge, die wir ihr zur Abklärung dieser Protollen gemacht haben, nicht eingegangen. Auch heute, 6 Wochen nachdem die Direktion die Eingabe erhalten hat, sind die Arbeiter immer noch nicht in der Lage, nachprüfen zu können, ob der Lohn, den sie erhalten, auch mit der von ihnen geleisteten Arbeit und den für diese laut Tarif zu zahlenden Löhnen übereinstimmt, weil den Arbeitern das Gewicht der Produktion nicht bekannt gegeben wird. Das Stillschweigen der Direktion ist nur als ein Eingeständnis ihrer Mitschuld aufzufassen. Der Umstand, daß das Stillschweigen der geleiteten Arbeiter den Arbeitern immer noch nicht bekannt gegeben wird, ist nur so zu deuten, daß auch in Zukunft die Arbeiter der Königin-Marienhütte mit Wissen der Direktion um einen Teil ihres verdienten Lohnes gebracht werden sollen. Was würde wohl die Direktion der Marienhütte tun, wenn Arbeiter, um sich zu bereichern, sich fortgesetzt mehr Lohn auszusparen ließen, als sie tatsächlich verdienen haben? Sie würde diese Arbeiter jedenfalls den Gehältern übergeben und das von Rechts wegen. Wenn die Verwaltung der Marienhütte den Arbeitern einen Teil ihres verdienten Lohnes ohne Wissen dieser vorzuenthalten, so hat sie unehrtes Verhalten, was diese Arbeiter nur werden, ja noch schlimmeres. Den Arbeitern könnte ihre Notlage zugute gehalten werden, wenn sie sich in dieser Weise an dem Vermögen der Aktionäre der Güte zu bereichern trauten. Die Güterverwaltung überträgt auf Kosten darüber Arbeiter die reifen Aktionäre! Es bleibt uns nur der Weg in die Öffentlichkeit, um durch den Druck dieser die Direktion der Marienhütte zu einer vollen Auszahlung des Lohnes an die Arbeiter zu veranlassen. Es handelt sich hier nicht um ein Pfennig, sondern es sind einige tausend Mark, um die die Arbeiter alljährlich gebracht werden. Doch die Hüttenverwaltung gewiß ist, dieses Gehalt weiter zu behalten, geht daraus hervor, daß sie das Gewicht der geleisteten Produktion immer noch nicht bekannt gibt und damit den Arbeitern die Möglichkeit nimmt, nachprüfen zu können, ob sie ihren Lohn auch richtig erhalten haben. Doch die Arbeiter infolge dessen zur Direktion nicht das geringste Vertrauen mehr haben, verliert sich das heißt. Sie haben nicht nur, daß den Arbeitern ein Teil ihres Lohnes vorzuenthalten wird, sondern sie verweigert auch noch die Arbeiter, die von ihr fordern, daß sie ihnen Garantien bieten, die es für die Zukunft ausschließen, die Arbeiter um ihren verdienten Lohn bringen zu können. Würden die uns noch fernstehenden Arbeiter sich der Organisation anschließen, dann hätten wir in der hiesigen Organisation ein Mittel, die Direktion zur Einführung dieser Garantien zu zwingen. Dann könnten wir auch wir ihr zeigen, was Macht der Kraft hat. Der Beitrag für den Verband ist angehängt einem Teil der Arbeiter zu hoch. Dafür lassen sie sich von den Unternehmern des jenseitigen am Lohn kürzen und kopfen so dem reichen Arbeiter einen Teil ihres verdienten Lohnes in die Tasche und lassen ihre Familien daran, damit der Kapitalist ein arbeitsloses Volkwerk führen kann. Willkürlich an diesem zum Himmel schreienden Unrecht sind alle die Arbeiter, die zum Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht zu bewegen sind, wodurch sie die Macht der Unternehmern haben und sie zu weiteren Ungeheuerlichkeiten gegen die Arbeiterklasse anregen.

Schloffer.

Berlin. Die diesjährige Schlofferbewegung in Berlin. Die schon in Nr. 33 der Metallarbeiter-Zeitung gemeldet, waren die hiesigen Schloffer gezwungen, einen Lohnkampf durchzuführen. Aus tatsächlichen Gründen wurde nicht auf der ganzen Linie der Streik erklärt, sondern der Anfang wurde in 10 Betrie-

ben, in denen 620 Mann beschäftigt waren, gemacht. Ende Juli hatten schon die Kollegen in der Gelbgrabenfabrik den Streik beschlossen. Es kamen zusammen 600 Mann in Betracht, die auch sämtlich die Arbeit einstellten. Die Demonstration zu diesem Kampfe hatten die Unternehmer gegeben, die den im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarif gekündigt hatten (sowohl die Schlofferbewegung als auch die Gelbgrabenfabrikanten). Der Schlofferverband Berlin hatte Schloffer und verwandter Gewerbe hatte für die Unternehmer in der Gelbgrabenfabrik und auch für die Schloffermeister die Vertretung übernommen, da diese zum größten Teil dieser Unternehmerorganisation angehören. Nachdem bis Ende Juni, wo der Tarifvertrag abgelaufen war, mehrere Verhandlungen stattgefunden hatten und die Unternehmerkommission damit einverstanden war, den bisherigen Minimallohn um 2 1/2 S. zu erhöhen, wurden die weiteren Verhandlungen bis Ende Juli vertagt, da die Unternehmerkommission mit ihren Mandatgebern noch einmal Rücksprache nehmen wollte. Mit dieser Vertagung waren auch unsere Kollegen einverstanden und es schien, als ob diese Tarifbewegung ohne Rücksicht beendet würde. Jedoch sollte es anders kommen. Am 20. Juli fanden wieder Verhandlungen statt, und da erklärten uns die Unternehmer, daß sie die gemachten Zugeständnisse zurückziehen und uns den Vorschlag zu machen hätten, entweder den bestehenden Tarif auf drei Jahre zu verlängern oder tariflos zu arbeiten. Die Vertreter der Arbeiter lehnten diese Vorschläge ab, und als die Unternehmer durch aus ihrem Standpunkt beharrten, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Nun wurde, wie schon bemerkt, der Streik erklärt. Die Unternehmer beantworteten diese Kriegserklärung mit der Androhung einer Aussperrung, die am Sonnabend den 7. August ausgeführt werden sollte. In einem Rundschreiben forderte der „Schlofferverband“ seine Mitglieder auf, den bei ihnen beschäftigten Arbeitern einen Ratschlag vorzugeben, wonach diese erklärten, daß sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht angehören. Alle, die diese Erklärung nicht abgaben, sollten ausgesperrt werden. Die Arbeiter, die in Afford arbeiteten, sollten diesen erst fertig machen und dann ausgesperrt werden. So schön wie dieses alles angeordnet war, so schlecht wurde es von den Unternehmern ausgeführt. Die hiesigen Zeitungen hatten vom Schlofferverband eine Mitteilung erhalten, wonach circa 2000 Schloffer am 7. August ausgesperrt würden, die Arbeitgeber-Zeitung schrieb sogar, daß von dieser Aussperrung 6000 Arbeiter betroffen würden. Wie sah nun diese Aussperrung in Wirklichkeit aus? Es hatten im ganzen 35 Firmen 260 Arbeiter ausgesperrt. Bei den Firmen, wo nur ein Teil der Arbeiter ausgesperrt worden war, legten auch die übrigen Kollegen auf Anordnung der Streikleitung die Arbeit nieder. Da nun auch bei anderen Firmen die Arbeit eingestellt worden war, so waren an diesem Lohnkampf im ganzen 1800 Kollegen beteiligt. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes war mit dem, daß ihr „Aussperrungsbefehl“ so wenig befolgt worden war. Eine Kontrollkommission mußte die Unternehmer kontrollieren, ob sie auch ausgesperrt hätten. Dabei soll es ganz heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein. Verschiedene Rundschreiben wurden versandt, um die „sümmigen Arbeitgeber“ an ihre Pflicht zu erinnern. Dabei hat man auch den schärfsten Terrorismus angewandt. So hieß es unter anderem in dem einen Rundschreiben: „Wer glaubt, durch Konventionale Strafe gebunden zu sein, möge sich, wenn alle Versuche, den Austraggeber zur Verlängerung der Riefenfrist zu bewegen, ohne Erfolg bleiben, durch die Geschäftsstelle sofort an den Vorstand wenden, und zwar mit genauer Darlegung des Falles. Der Vorstand wird das weitere veranlassen beziehungsweise entscheiden. Um über die strikte Durchführung der Beschlüsse zu wachen, hat die Generalversammlung eine Kontrollkommission eingesetzt, deren Mitglieder mit Legitimationskarten ausgestattet sind. Gegen sämtliche Mitglieder werden nach den Sitzungen der Innung und des Verbandes die gesetzlichen Zwangsmittel zur Anwendung gebracht werden und die Namen derer, die es an Solidität fehlen lassen, werden allen Mitgliefern, den Behörden, den einflussreichsten Baumeistern, die Arbeitgeberverbänden angehören, und den Eisenhändlern bekanntgegeben.“ Obwohl man auch versucht hatte, Arbeitswillige zu bekommen, gelang dies nur in geringem Maße, denn die Streikenden waren auf dem Posten. Die Berliner Polizei hat allerdings sich auch hier wieder als „getreue Helferin“ des Unternehmertums gezeigt. Den Kollegen wurde das Streikpostensitzen sehr erspart, Verhaftungen waren an der Tagesordnung. Jedoch ließen sich unsere Kollegen von der Ausübung ihrer Rechte nicht abbringen. Da die Unternehmer einsehen, daß ihre Pläne sich nicht so ausführen ließen, wie sie geglaubt hatten, fand am 16. August eine Verhandlung zwischen Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer statt. Die Unternehmer wollten zuerst keine Zugeständnisse machen; nachdem die Verhandlungen zickla vier Stunden gedauert hatten, kam folgender Vergleich zustande: „Der bisherige Tarif wird bis zum 31. März 1912 verlängert, die Mindestlöhne werden wie folgt festgelegt: Als Mindestlohn wird 52 1/2 S. pro Arbeitsstunde vom 1. April 1911 an für alle Gesellen nach Ablauf des 2. Jahres nach beendigter Lehrzeit vereinbart. Während der Dauer des Tarifvertrages erhalten Junggesellen: Im 1. Jahre nach beendigter Lehrzeit 47 1/2 S.; Gesellen im 2. Jahre nach beendigter Lehrzeit 50 S. Mindestlohn pro Arbeitsstunde. Der Arbeitgeber ist bei Neueinstellungen, welche wegen ungenügender Leistungen innerhalb der ersten sechs Arbeitstage entlassen werden, berechtigt, den Arbeitslohn auf 45 S. (bisher 40 S.) pro Arbeitsstunde festzusetzen. Höhere Löhne werden nach Leistungen und Vereinbarungen gezahlt.“ Der bisherige Mindestlohn war für Junggesellen 45 S. und für Gesellen 47 1/2 S. pro Stunde. Die Vertreter der Gelbgrabenfabrikanten erklärten, daß sie keine Zugeständnisse machen könnten, der bisherige Tarif solle bis April 1912 seine Gültigkeit haben. Dies lehnten die Vertreter der Arbeiter ab. In einer Versammlung der streikenden Bauhändler wurden die Vorschläge der Unternehmer mitgeteilt und von G a n d e die getroffenen Vereinbarungen zur Annahme empfohlen. Handte bedauerte, daß nicht mehr zu erreichen war. Zusammen seien die Pläne der Unternehmer, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, durchkreuzt worden; man habe im Gegenteil mit einer Verbesserung abgeschlossen. Im Interesse der Arbeiter liege es nicht, daß man es jetzt auf eine tariflose Zeit ankommen lasse. Man solle auch bedenken, daß in anderen Orten Schloffer im Kampfe ständen, und daß selbst kleine Parteien, die in Berlin erzielt würden, günstig auf die Verhältnisse in anderen Orten, wo die Löhne noch höher seien, wirken müßten. In der Diskussion gab sich eine starke Unzufriedenheit mit den gemachten Vorschlägen kund. Man verwarf die Kommission nicht die Annahme, daß sie ihr Bestes versucht habe, aber von den meisten Rednern wurde betont, daß das erzielte Resultat nicht den Erwartungen der Streikenden entspräche. Eisinger, vom Verband der Schloffer, nahm das Wort und empfahl ebenfalls die Vorschläge der Kommission, da nach Lage der Dinge nicht mehr zu erreichen wäre. Man könne sich wohl ein besseres Resultat wünschen, aber die Frage sei, ob man es auch durchsetzen könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Eine geheime Abstimmung wurde vorgenommen. Von den 525 abgegebenen Stimmen erklärten sich 243 für die Annahme der Vorschläge, 273 dagegen; neun Stimmen waren unglücklich. Handte hatte vor der Abstimmung darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei der Frage um die Fortsetzung oder Aufhebung des Streiks handle und daß sich für die Fortsetzung des Streiks eine Dreiviertelmehrheit erklären müßte. Diese Majorität war nicht vorhanden, der Streik damit als aufgehoben erklärt. Damit war die Bewegung für die Bauhändler beendet. Mit den Vertretern der Gelbgrabenfabrikanten hatte G a n d e noch einmal besonders verhandelt, worüber er in einer Veröffentlichung der Streikenden von der Gelbgrabenfabrik berichtet. Die Versuche der Arbeitgeber, die Bewilligung einer Erhöhung der Mindestlöhne zu erzielen, hätten keinen Erfolg gehabt. Von den Unternehmern sei eine Lohnherabsetzung bei der schlechten Lage der Gelbgrabenfabrik für unmöglich erklärt worden. Der Vertreter der Firma Arnheim habe jedoch in Aussicht gestellt, daß nach Beendigung des Lohnkampfes innerhalb des Betriebes Aufbesserungen erfolgen würden. Schließlich hätten die Unternehmer den Vorschlag gemacht, den alten Tarif auf 1 1/2 Jahre bis zum 1. April 1911 zu verlängern.

So daß er nicht mehr gleichzeitig mit dem Tarif der Bau- und Metallarbeiter abläuft, der bis zum 1. April 1912 gilt. Für die Metallarbeiter ist in dem Tarif eine Erhöhung der Lohnsätze um 2,5 aufgenommen worden. Ganzes Ergebnis der Verhandlung bringt das Angebot anzunehmen, da bei einer Fortsetzung des Streiks wahrscheinlich nicht mehr zu erzielen sei, und da die Unternehmer sich verpflichtet hätten, keine Strafregelungen vorzunehmen und die Streitenden wieder zu den alten Bedingungen der Reihe nach einzulassen. Die Wiedereinstellung sollte durch die Vermittlung des Arbeiterausschusses erfolgen. Wenn dieses Ergebnis des Lohnkampfes auch keinen großen Erfolg für die Streitenden bedeutet, ist es auch keine Niederlage. Bei Ablauf des Tarifs im April 1912 sei sicher auf die Erzielung besserer Arbeitsbedingungen zu rechnen, zumal dann die Geldstrafen für sich selbständig, ohne die Bau- und Kunstschlossler vorgehen könnten. Die Vertreter des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter, des Schmelzverbandes und des Deutschen Transportarbeiterverbandes (Joseph, Sieling und Frank) empfahlen gleichfalls die Annahme des Angebots, während verschiedene Disziplinierungsredner für die Fortsetzung des Streiks eintraten. Nach vierstündiger Debatte wurde schließlich in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit die Beendigung des Streiks und die Annahme des Angebots der Unternehmer beschlossen. Der Arbeitergewerkschaftsverband der Schlosser des Reichs und der Vororte hatte daraufhin in einer gemeinsamen Generalversammlung mit den Schlosserinnungen von Berlin und Charlottenburg beschlossen, die Ausschaltung der Schlosser Berlins und der Vororte aufzuheben. In einer gemeinsamen Sitzung der Unternehmer und der Arbeiterkommission wurden die Wiedereinstellungsbedingungen festgelegt und dann die Arbeit am 28. August aufgenommen. Die Wiedereinstellung verlief sich ziemlich glatt, einzelne Fälle wurden von der Schlichtungskommission erledigt. — Zum Schluß noch einige Worte: Wenn auch bei dieser Bewegung keine großen Erfolge erzielt worden sind, so haben die Kollegen doch die Versöhnungsbereitschaft glänzend abgewiesen und sie können auf diese Tat stolz sein. Dadurch, daß die Mindestlöhne erhöht sind, ist eine Verbesserung erreicht. In der gegenwärtigen Zeit, wo die organisierte Arbeiterkraft gestiegen ist, durch Abwehrkämpfe die bisherige Position zu erhalten, ist dieses um so mehr hervorzuheben. Aufgabe der Kollegen ist es, nach wie vor für die Organisation zu arbeiten, auch die noch abseits stehenden Kollegen heranzuziehen, damit die Berliner Schlosser eine geeinte Macht bilden.

Rundschau.

Eine Verurteilung des Streikbruchs.

Am 28. August hatte das Gewerbegericht in Hannover in einem sehr interessanten Falle zu entscheiden. Nach dem Volkswille klagte der Klempnergehilfe Tr. gegen den Klempnermeister Hartmann auf Kündigung eines Zeugnisses über Führung und Leistung. Das Zeugnis lautete dahin, daß Tr. elf Jahre lang bei Hartmann als Gehilfe und zuletzt als Wertmeister tätig gewesen sei, daß er stetig zur vollen Zufriedenheit seines Meisters sich geführt und tadellos gearbeitet habe. Dann folgte aber ein Zufall, der jedenfalls nicht den Erfolg haben sollte, das Fortkommen des Arbeiters zu fördern. Der Zufall lautete: Tr. verließ seine Stellung infolge Streiks ohne Einhaltung der Kündigung.

Der Kläger beantragte Streichung dieses Satzes. Der Beklagte weigerte sich, das zu tun. Er bemerkte, der Kläger sei so lange sein Vertrauensmann gewesen, den er zum Werkmeister bei höherem Gehalt befördert habe, der Kläger habe sein Versprechen, sich am Streik nicht zu beteiligen, nicht gehalten. Der Kläger führte aus, in einer Werkstattversammlung der Hartmannschen Klempner sei ihm ausnahmsweise erlaubt worden, im Falle eines Streiks bei Hartmann zu bleiben. Man habe versprochen, daß ein nicht organisierter unhilfsfähiger Werkführer in den Betrieb komme. Er habe aber den Kollegen gesagt, wenn Hartmann Streikbrecher einstelle, streike er auch. Hartmann habe zwei Streikbrecher eingestellt, und da habe er geglaubt, an sein früheres Versprechen nicht mehr gebunden zu sein. Weil Hartmann die Streikbrecher nicht habe entlassen wollen, habe er, der Kläger, sofort die Arbeit niedergelegt. Er glaube nun nicht, daß der genannte Schlupfpassus in ein Zeugnis über Führung und Leistung hineingehöre.

Hartmann entgegnete, was der Verband oder die Werkstättenversammlung beschloße, ginge ihn gar nichts an. Die beiden neu angestellten Leute seien keine Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes gewesen.

Der Kläger gab das zu, betonte aber, daß der eine von den Leuten als Streikbrecher sogar agitatorisch wirkte, andere Kollegen zum Streikbruch zu verführen suchte. Hartmann habe übrigens gesagt, der Zufall mit dem Entlassungsgrund schade Kläger in Hannover selbst nicht, er solle aber nach außen wirken, und das sei sein (Hartmanns) Prinzip.

Das Gewerbegericht wies die Klage ab. Der Vorsitzende, Gerichtsassessor Dr. Warmbold, sagte bei Begründung des Urteils, es sei in der ganzen Rechtsprechung unbestritten, daß der Entlassungsgrund der Wahrheit entsprechend in einem Führungszugang angegeben werden dürfe. Es sei nur bedauerlich, daß die Parteien sich nicht außergerichtlich geeinigt hätten, daß der Beklagte dem Kläger, der ihm doch elf Jahre lang treue und wertvolle Dienste geleistet habe, nicht entgegengekommen sei. Es sei das um so bedauerlicher, als der Beweggrund des Klägers zur Niederlegung der Arbeit kein unmoralischer gewesen sei. Der Kläger habe mit Streikbrechern nicht zusammenarbeiten wollen. Streikbrecher seien, wie dem Gericht bekannt sei, meistens moralisch minderwertige Menschen, die nach dem Streik wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen. Der Entlassungsgrund habe, wie gesagt, im Zeugnis mitgeteilt werden dürfen. Das Gesetz stehe dem Arbeitgeber in dieser Beziehung zur Seite.

Dr. Warmbold hat mit diesen Ausführungen ein sehr zutreffendes Urteil über die Streikbrecher gefällt. Er hat damit aber die Schärfermacher gegen sich mobil gemacht. In der bürgerlichen Presse Hannovers erühen gleich darauf folgende Notiz:

„Zu den in der letzten Sitzung des hannoverschen Gewerbegerichts von besten Vorstehenden, Herrn Gerichtsassessor Dr. Warmbold, gemachten Ausführungen über Streikbrecher“, die in weiten Kreisen lebhaft erörtert werden, werden demnach die verschiedenen Vertrieben der hiesigen industriellen Arbeitgeber „Stellung nehmen“.

Der Handelskammersekretär Rodé hat die Führung bei dieser Protestbewegung übernommen. Das hannoversche Tageblatt veröffentlichte folgende Notiz:

„Gegen die Neuerungen über Streikbrecher, die Assessor Warmbold in der letzten Sitzung der Gewerbegerichts dahingehend getan haben soll, daß Streikbrecher meist moralisch minderwertige Menschen seien, haben die Innungen eine mächtige Protest erhoben; ebenso hat sich der Fabrikantenverein gegen diese Unterscheidung verhalten. Die Bemerkung hat besonders deshalb große Erregung hervorgerufen, weil in dem Klampnerstreik, um den es sich bei der Klage handelte, viele Meisterjöhne, die sich teilweise von auswärts den hiesigen Meistern zur Verfügung gestellt hatten, beschuldigt gewesen sind und weil auch von den Gesellen eine ganze Anzahl nicht mitgestreikt hat. Eine von den Innungsverbänden gewählte Deputation hatte in der Angelegenheit am 26. August eine Konferenz mit dem Stadtdirektor an der auch Herr Warmbold teilnahm. Der letztere hat dabei erklärt, daß er die strafliche Beurteilung in dem allgemeinen Sinne nicht anerkenne, sondern daß er nur den die Klage betreffenden Fall im Auge gehabt habe.“

Die Sache hat auch auf Dr. Warmbold die Wirkung gehabt, daß er dem Volkswille folgende Erklärung zugab: „Nach einem Bericht in den hiesigen Tageszeitungen über Kündigungen der Dienstverhältnisse eines Arbeiters vor dem hiesigen Gewerbegericht soll ich unter anderem ausgeführt haben, es sei dem Gericht bekannt, daß Streikbrecher meist moralisch minderwertige Menschen seien, die nach Beendigung eines Streiks wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen. Um aufgetretenen Mißverständnissen zu begegnen, erkläre ich hierzu folgendes: Jene Behauptung ist selbstverständlich nicht allgemein über Streikbrecher, sondern lediglich unter Bezugnahme auf den zur Verhandlung stehenden besonderen Fall gemacht. Hier handelt es sich nach der vom Beklagten nicht bestrittenen Behauptung des Klägers, wie auch bereits in dem erwähnten Zeitungsbericht zutreffend wiedergegeben ist, um einen als notorischen Streikbrecher bekannten Arbeiter, der sogar agitatorisch auftrat und Arbeiter verführte, ihren Kollegen beim Lohnkampf in den Rücken zu fallen. Nur berartige Personen, die also die womöglichst durch Agitation selbst herbeigeführte Zwangslage anderer ausbeuten, um sich persönliche Vorteile dabei zu verschaffen, kommen in Frage. Arbeitswillige, die sich aus häufig sehr berechtigten Gründen an einem Streik nicht beteiligen, vielfach aber fälschlich als Streikbrecher bezeichnet werden, sind natürlich durch meine Äußerung in keiner Weise getroffen. Es lag ja auch im vorliegenden Fall für mich durchaus kein Grund vor, allgemeine Ausführungen über 'Streikbrecher', ein Begriff, der übrigens durchaus nicht festliegt, zu machen.“

Der Volkswille bemerkt zu dieser Erklärung: „Das alles ändert nichts an der Tatsache, daß Dr. Warmbold ehrlich die Wahrheit gesagt hat. Diejenigen, die sich dagegen wehren, tun es nicht um der Wahrheit willen, sondern weil sie sich der Streikbrecher bedienen und sich nicht gern vorhalten lassen, mit welchen Elementen sie häufig zu tun haben, nur um ethischen, anständigen Arbeitern im Kampfe um eine kleine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse und Lebenslage nicht nachgeben zu wollen. Die Wahrheit der Warmboldschen Kritik, von einigen seltenen Ausnahmen abgesehen, kann täglich gerichtsnotorisch bewiesen werden. Ein drastisches Beispiel zeigt der vorjährige Streik bei Koch & Kassebaum. Einmalige Streikbrecher von damals sind wegen allerlei Verbrechen, sogar Einbruch in der Fabrik, verurteilt; der letzte ist dieser Tage wegen Stillschleppens verhaftet. Als ähnliche Elemente entpuppen sich fast alle gewerkschaftlichen Streikbrecher. Fabrikantenvereine und Innungen haben die allergeringste Veranlassung, sich zu erücken; sie wissen doch aus Erfahrung am besten, wie recht Dr. Warmbold hat. Wozu also die geübte Entstellung?“

Aus den Unternehmerverbänden.

Grabeure und Jüfelleure. Der fünfte Bundestag selbständiger Grabeure, Jüfelleure und verwandter Berufsleute Deutschlands wurde vom 8. bis zum 6. Juli in Nürnberg abgehalten. Es waren Vertreter aus Annaberg-Buchholz, Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, Köln, Leipzig, Magdeburg und Nürnberg anwesend. Der frühere Bundesvorsitzende Oskar Falow hatte sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Statt seiner übernahm Engel provisorisch das Amt. Dieser führte nach dem in Nr. 15 der Deutschen Arbeiter-Zeitung und Stempel-Zeitung enthaltenen Bericht unter anderem folgendes aus:

„Der Bund bestreite nunmehr vier Jahre. Die ersten Jahre hätten den Vorteil, daß die Mitglieder von einem gewissen Kaufkraftbefahren seien, der durch das anfänglich rasche Wachstum des Bundes genährt wird. Dann kommt die Enttäuschung und mit der Einsicht in die Schwierigkeiten des Fortschritts tritt immer mehr die egoistische Frage auf: Was leistet der Bund und was bringt er mir persönlich für Nutzen? Nehmer verweist zum Vergleich auf die Arbeiterkammer, auch diese können nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt Gewisses erwarten und halten doch unentwegt zu ihrer Organisation. Die in Berlin beschlossene Beitragserhöhung habe den Unstimmigkeiten zur Folge gehabt.“

Der Redner polemisierte dann noch gegen das Verhalten der Stuttgarter Prinzipale. Es heißt dann im Bericht weiter:

„Redner bestritt weiter die Schwierigkeiten, die er bei Zusammenstellung der verschiedenen Tarife für Flachsch gehabt hat. Nur mit größter Mühe habe er von einigen Verbänden das Material erlangen können. Er habe seinerzeit den Stuttgarter Tarif als märchenhaft hoch bezeichnet. Das habe die Stuttgarter verschmüpft. Dabei hätten sie ihn über die Bedeutung der Preise vollständig im unklaren gelassen. Schließlich hätte sich herausgestellt, daß auf die Preise 20 bis 30 Prozent Rabatt gewährt würden.“

Köln habe die Anfrage gestellt, welchen Erfolg der Bund erzielt habe mit der Erhöhung der Preise in der Walzenbranche. Diese Branche sei in Berlin ganz unbedeutend, nur zwei bis drei Firmen kommen in Frage und es sei trotz aller Mühe nicht gelungen, diese heranzuziehen. Es sei unangebracht, wie sie die Arbeiter zu solchen niedrigen Preisen herstellen können; die Leute scheinen einfach nur zum Vergnügen zu arbeiten. Die Leute, welche als Gehilfen die kürzeste Arbeitszeit verlangen, arbeiten als Selbständige möglichst 25 Stunden pro Tag.

Köln beantragte weiter, daß das Publikum dahin aufgeklärt werde, daß gravierte Schilder wertvoller und haltbarer seien als geätzte. Das sei nicht gut durchführbar. Man müsse zugeben, daß die geätzten Schilder einen außerordentlich guten Eindruck machen. Der Grabeur müsse mit der Zeit fortjahren und sich die Fortschritte der Technik zu eigen machen.

In Berlin sei es schwerer als anderswo, die Mitglieder heranzuziehen. Nur bei einem Streik kämen sie alle zusammen. Das Hauptprinzip müsse sein, die Verbände zu verstärken. Überall, wo irgend möglich, müsse Vereinfachung, Streik in den Handwerkskammern, auf die Pflichtfortbildungsschule u. s. w. angestrebt werden.“

Der Kassierer Hoyer (Berlin) wünschte, daß die freiwilligen Beiträge für den Agitationsfonds reichlicher fließen.

Weil der als Referent zur Frage der Tarifverträge in Aussicht genommene Dr. Roehl am Erscheinungsort verhindert war, machte der Kassierer Hoyer einige einleitende Bemerkungen. Wir heben daraus das Folgende hervor:

„Es sei der Ansicht bezeugt, daß hier Kartellverbindungen mit der Kundschafft gemeint seien. Diese sind aber erst möglich, nachdem Tarife mit der Gehilfen schaft abgeschlossen sind. Was ist hier nun möglich zu erreichen? In einem Tarif kann nichts anderes festgelegt werden als das, was schon seit Jahren als Durchsatz gilt. Es handelt sich hier um einheitliche Arbeitszeit, Lohnsätze, Beurlaubung, paritätischen Arbeitsnachweise. Den Kollegen, die aufmerksam die Zeitung verfolgen, wird bekannt sein, daß die Berliner Gewerkschaft eine Versammlung veranstaltete, zu der die Prinzipale eingeladen und zahlreich erschienen waren. Kommissionen von beiden Seiten haben danach gemeinsam in einigen Sitzungen gearbeitet. Keinesfalls sollten aber die einzelnen Verbände jetzt nun ebenfalls in Verhandlungen mit der Gehilfen eintreten, es solle vielmehr erst das Ergebnis der Berliner Verhandlungen abgewartet werden. Das bedeutet zugleich eine Erparnis von Arbeit für die Verbände. Allerdings könne Berlin auch nur Entwürfe hervorbringen, aber wenn an allen Orten zugleich angefangen wird, dann liegt die Gefahr nahe, daß überhaupt kein einheitliches Ergebnis erzielt wird. Es ist auch etwas worden, ob ein Tarif für uns auf lokaler oder zentraler Grundlage abzuschließen ist. Eine Entscheidung hierüber ist noch nicht getroffen, jedenfalls dürfte an dieser Frage nicht das Prinzip scheitern. Als positives Resultat wünscht der Redner von der Versammlung zu wissen, ob ein Tarif gewünscht wird oder nicht.“

Weber die Diskussion brauchen wir keine Einzelheiten zu berichten. Keiner der Redner sprach sich gegen eine Tarifgemeinschaft aus; zum Teil beschränkten sie sich auf Mitteilung der Erfahrungen, die sie auf diesem Gebiet gemacht hätten. Folgende, von

Speyer vorgelegte Resolution wurde mit 290 Stimmen ohne Widerspruch angenommen:

„Die Delegiertenversammlung des fünften Bundestages beauftragt, der Frage zur Erhöhung von Tarifverträgen mit der Gehilfen schaft ihre dauernde Aufmerksamkeit zuzuwenden und zunächst die Ergebnisse der Kommissionsverhandlungen in Berlin abzuwarten, um dann auf der Basis derselben lokalen Verhandlungen näherzutreten.“

Die übrigen Punkte der Tagesordnung bedürften weiterer Interessen nicht.

Arbeiterversicherung.

Erhöhung der Unfallrente. Die Frage der Berufsgenossenschaften zeigt uns, daß die meisten Renten in kurzer Frist herabgedrückt werden. Sehr selten gelingt es aber dem Verletzten, den Nachweis zu führen, daß auch eine Verschlimmerung der Unfallfolgen eingetreten ist. Selbst wenn dies der behandelnde Arzt bescheinigt, so wird der Vertrauensarzt schon das Gegenteil herausfinden und den Antrag ablehnen.

Nun verfahren aber viele Verletzte, den Antrag auf Erhöhung der Unfallrente rechtzeitig zu stellen. Gewöhnlich melbet der Arzt der Krankenkasse, daß der Verletzte erwerbsunfähig geworden sei und diese unterstützt dann längere Zeit, bis endlich der Berufsgenossenschaft Mitteilung von der eingetretenen Verschlimmerung gemacht und ein Antrag auf Erhöhung der Rente gestellt wird. Die meisten Verletzten übersehen eben, daß im § 89 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes der harmlose Satz enthalten ist: „Eine Erhöhung der Rente kann nur für die Zeit nach Anmeldeung des höheren Anspruches gefordert werden.“ Tritt zum Beispiel die Verschlimmerung am 1. Mai ein und wird der Antrag auf Erhöhung der Rente von dem Verletzten erst am 1. August gestellt, so erhält er eben erst am 1. August an die höhere Rente gezahlt, das heißt wenn überhaupt sein Anspruch anerkannt wird. Oftmals ist es aber auch geradezu unmöglich, den Antrag auf Erhöhung der Rente zu stellen, weil auch der behandelnde Arzt im Zweifel ist, ob eine Verschlimmerung der Unfallfolgen vorliegt oder nicht. Doch das Gesetz ist hart und macht auch in solchen Fällen gar keine Ausnahme. Dies sollte eine Frau in Unterfranken erfahren, deren Gatte infolge eines früher erlittenen Unfalles verstorben war.

Der Gemann war als Bauarbeiter im Jahre 1908 verunglückt, erlitt eine Verletzung des rechten Armes und schwere Quetschung der Brust. Er bezog zuletzt eine Rente von 25 Prozent, die aber von der Berufsgenossenschaft Ende 1906 wieder entzogen wurde, weil eine erhebliche Besserung eingetreten und Unfallfolgen überhaupt nicht mehr vorhanden seien.

Der Verletzte ließ sich dies in seiner Unkenntnis auch ruhig gefallen. Im Jahre 1907 erkrankte er nun wieder und wurde von seinem Arzt auf Kosten der Krankenkasse wieder 26 Wochen behandelt. Anfanglich verneinte der Arzt einen Zusammenhang des Leidens mit dem früher erlittenen Unfall und es wurde der Berufsgenossenschaft auch keine Meldung gemacht. Erst Ende Februar 1908 gab der Arzt zu, daß doch eine Verschlimmerung der Unfallfolgen eingetreten sei und es wurde der Antrag auf Gewährung der Rente gestellt. Im Mai 1908 ist der Verletzte verstorben; später wurde der Witwe von der Berufsgenossenschaft der Bescheid, daß die Vollrente vom Tage des Einganges des Antrages auf Gewährung der Rente, also erst vom 28. Februar 1908 an gewährt würde. Gegen diesen Bescheid erhob die Witwe Berufung und führte aus, daß der Arzt doch erst im Februar 1908, wie dieser in einem ausführlichen Gutachten selbst bestätigte, den Zusammenhang zwischen Unfall und Leiden erkannt habe. Es wäre ihr also doch nach Lage der Sache unmöglich gewesen, früher einen Antrag zu stellen. Das Schiedsgericht wies jedoch die Berufung ab und auch das Reichsversicherungsamt erkannte am 6. April 1909, daß der Return unbegründet sei. Es könne eine Erhöhung der Rente gemäß der ausdrücklichen Vorschrift des § 89 Abs. 3 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes immer nur für die Zeit nach Anmeldeung des Erhöhungsantrages gefordert werden. Es kommt daher nicht darauf an, ob ein ursächlicher Zusammenhang der Verschlimmerung mit dem Unfall vom Arzte erst sehr spät erkannt worden ist und demgemäß nicht früher bescheinigt werden konnte.“

Die Verletzten müssen also, unbestimmt um ein ärztliches Attest, die Verschlimmerung sofort anmelden, damit die Frist gewahrt wird.

Vom Ausland.

Schweden.

Die Regierung veröffentlichte am 18. September das Protokoll ihrer Sitzung vom 12. September. Danach erklärt sie sich bereit, jetzt in dem Kampfe zu vermitteln. Ihre Schöpfung begünstigt sie damit, daß nach der Wiederaufnahme in den öffentlichen Betrieben, und weil dort, wo „Vertragsbrüche“ vorgekommen sind, sich die Lage verändert habe, nur der Kampf des schwedischen Arbeitervereins gegen die Landesorganisation übrig bleibe. Sie hat nun einen besonderen Vermittlungsbeamten, den Stadtvater Cederborg, ernannt. Nachdem die Regierung ihren ungeschlichen Widerstand gegen eine Vermittlung aufgegeben und eine Kommission, bestehend aus den fünf offiziellen Vergleichsbeamten, eingesetzt hat, haben sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit zu einer Verhandlung erklärt. Die Unternehmerorganisation veröffentlichte aber gleich darauf die Erklärung, daß sie zwei bedingungslos zur Aufnahme von Verhandlungen bereit sei, daß sie aber für diese Verhandlungen an dem Prinzip der Lohnregulierung nach Maßgabe der Konjunktur festhalten müsse. Das ist in Grunde genommen eine Frontänderung der Unternehmerzentrale; denn vor dem Kampfe war keine Rede davon, daß der Lohn nach Maßgabe der Konjunktur geregelt werden sollte. Die Unternehmer wollten vielmehr den Lohn für einen Zeitraum von fünf Jahren festwährend der schlechten Konjunktur festsetzen, so daß die Arbeiter für die kommende gute Konjunktur an die Löhne gebunden sein würden, die während der schlechten Konjunktur festgesetzt wurden.

Die Erledigung der Konflikte außerhalb des Arbeitervereins nimmt ihren ruhigen Fortgang. Die Wärdere unternehmer in Malmö haben ihre Forderungen zurückgezogen, so daß hier die Angelegenheit erledigt ist. In Stockholm werden Verhandlungen zwischen den Bädermeistern und den Bäderarbeitern geführt. Die Straßenbahngesellschaften geben bisher nicht nach. Cederborg führt immer noch die Gesellschafter in ihrem Vorhaben, indem er sie als nicht unter die Vereinbarung gehörend einstellt. Zum Konflikt kam es auch in der Elektrizität und Industrie, deren Arbeitgeberverband die Wiederaufnahme der Arbeit ebenfalls von Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abhängig machen möchte. Es sind jedoch in diesen Fällen Verhandlungen angeknüpft, die jedenfalls guten Erfolg für die Arbeiter haben werden.

Der Umfang des ganzen Kampfes ist nach ganz bedeutend. Denn nach einer offiziellen Zählung waren am 13. September noch 125 000 Arbeitslose vorhanden, es wurde aber gleich hinzugefügt, daß diese Zahl unvollständig sei. Die Landeszentrale der Gewerkschaften stelle fest, daß 140 000 arbeitslos sind. Für Unterhaltung ist also nach wie vor dringend zu sorgen!

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gingen vom 13. bis 15. September folgende Unterstützungsgelder ein:

- Von Artern 50 M. Wöhringen 20. Wue 58,15. Baugen 100. Bodnitz 75. Bremerhaven 200. Erimmschau 200. Egerhagen 50. Dessau 50. Eisenberg 10. Elmshorn 100. Eiferwerder 50. Essen 250. Feuerbach 50. Finsterwalde 100. Frankfurt 200. Frankfurt a. M. 1000. Freiburg i. B. 50. Geisingen 30. Goltzen 50. Göttingen 100. Großschönau 20. Grynau 15. Götzenheim 70. Jauer 40. Königshütte 30. Linden 50. Lübeck 200. Ludenow 300. Lugau 30. Martinshaus 20. Meerane 50. Metz 20. Miesbach 20. Wittweils 50. Rühlhof 30. Rünchen 1000.

